

Die „Weltwacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strasse 114, und durch Buchhändler zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 60 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.60, wo keine Post am Orte 2.75.

Wolkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die Expeditionen sind in den Hauptstädten der Provinzen zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 60 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.60, wo keine Post am Orte 2.75.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1204.

Nr. 287.

Freitag, den 9. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

Harmonie der Interessen?

„Am Gebelhen des Kapitals hat niemand ein größeres Interesse als die Arbeiter, denn das Kapital gibt ihnen Beschäftigung und ernährt sie.“ — Diese in der Bourgeoisie sehr beliebte Vorstellung fanden wir kürzlich von einem Mann her Prags, einem Fabrikanten, in einer geradezu klassisch nativen Form dargestellt. „An alle denkenden Arbeiter“ wandte er sich und entwickelte dabei folgenden Gedankengang:

Ein junger Kaufmann, der sich in der Welt tüchtig umgesehen und Kenntnisse gesammelt hat, im Besitz eines Vermögens von 200.000 Mark, gründet eine Fabrik. Er hat Erfolg, vom dritten Jahr ab beschäftigt er 200 Arbeiter, deren jeder 1250 Mark pro Jahr an Lohn erhält; dem Fabrikanten selbst bleibt, nachdem er Steuern bezahlt und 12.000 Mark für den eigenen Haushalt verbraucht hat, noch ein Reingewinn von 60.000 Mark, den er auf die „hohe Kante“ legen kann. Wenn das zehnte Jahre andauert, so hat er ein neues Kapital von 600.000 Mark angesammelt. Das wäre also gerade der Zustand, den die Sozialdemokraten höchst vertierlich finden. — Was macht nun der glückliche Besitzer mit seinen 600.000 Mark? Einen Teil davon wird er wohl zur Verbesserung seiner eigenen Lebenshaltung verwenden. Für 150.000 bis 180.000 Mark wird er sich eine hübsche Villa mit Garten und schöner geschmackvoller Einrichtung bauen lassen. Durch diesen Bau werden nun Maurer, Zimmerleute, Steinbrecher, Steinmehrer, Pflasterer, Erdarbeiter, Glaser, Tischler, Maler, für die Einrichtung die Möbelfabrik, Tapetenfabrik usw. beschäftigt. Man kann behaupten, von den 180.000 Mark, welche die Villa kostet, fließen 150.000 Mark als Lohn in die Taschen der Arbeiter verschiedener Beschäftigungsarten. Auch dadurch, daß der reichgewordene Fabrikant sich nun einen Gärtner hält, sich auch vielleicht Wagen und Pferde oder gar ein Auto anschafft, werden wieder weitere Leute beschäftigt. Mit einem Wort also: je mehr Luxus der Fabrikant sich gönnt, desto mehr kann sich die Arbeiterklasse freuen, denn all das kostet Geld, und dieses Geld fließt in die Taschen von Arbeitern.

Über damit nicht genug. Es verbleiben ja dem Fabrikanten von seinem Ueberschuß noch 400.000 bis 450.000 Mark. Davon hat er 150.000 Mark mehr ins eigene Geschäft gesteckt; mit 50.000 Mark hat er sich beteiligt an der Gründung einer anderen Fabrik, die wieder Arbeitsgelegenheit für viele Arbeiter schafft. Andere Gelder leiht er auf Hypotheken aus oder leiht sie einem Baumeister, welcher damit Wohnhäuser baut. Einen anderen Teil leiht er zu gemeinnützigen Bestrebungen, Bau von Arbeiterhäusern, Bau eines Konzertsaales oder eines Theaters her. „Nun, das angesammelte Kapital arbeitet und schafft immer wieder neue Arbeitsgelegenheit und Lohn und Brot für viele, viele Arbeiterfamilien.“ Und kommt einmal eine Krise, so kann der Fabrikant, der ja die Arbeiter später wieder braucht, sie behalten und auf Lager arbeiten lassen, wenn auch mit Verlust. Ebenso ist er imstande, wenn es not tut, große Aufwendungen für neue Maschinen zu

machen, um dadurch sein Unternehmen auf der Höhe zu halten und der Konkurrenz erfolgreich zu begegnen, so daß er seine Arbeiter dauernd zu auskömmlichen Löhnen beschäftigen kann.

Also wohl man sieht, nichts als Segen für die Arbeiter, der aber nur möglich ist, weil das Geschäft gut geht und der Kapitalist reiche Gewinne einheimst.

Der Verfasser dieser Darlegungen ist, wie man sieht, ein Mann der Praxis. Er hat auch praktischen Blick genug, um genau zu sehen, wo die Gewinne des Kapitalisten herkommen. Er fährt nämlich wie folgt fort:

Jetzt nehmen wir einmal an, die Löhne der Arbeiter dieses Fabrikanten seien nur um 250 Mark höher gewesen, so daß also jeder von den 200 Arbeitern 1500 Mark pro Jahr verdient hätte. Dann blieben dem Fabrikanten — nachdem er entsprechend weniger Steuern bezahlt und für seinen Haushalt bloß 9000 Mark verbraucht hat — insgesamt nur 18.000 Mark zum Zurücklegen. Das macht in zehn Jahren mit Zinsen rund 200.000 Mark. „Nun wird er wohl nicht daran gehen, sich eine Villa für 180.000 Mark zu bauen. Das unterbleibt, und damit unterbleibt die Beschäftigung für viele Arbeiter.“ Auch den Baumeistern wird er sich an der Gründung einer anderen Fabrik beteiligen können; und wenn die Krise kommt, wird er seine Arbeiter entlassen müssen. Und neue Maschinen kann er auch nicht anschaffen, wenn er keine großen Kapitalreserven hat.

Dies die Darstellung. Und daran knüpft der Verfasser folgende Ruhanwendung:

„Was folgt nun aus meiner ganzen Erzählung hier, was ist ihr Endzweck? Dem denkenden Arbeiter zu zeigen, daß große Unternehmer- und Arbeiterlöhne von bedeutendem wirtschaftlichen Nutzen sind, daß diese Gewinne große Kapitalreserven bilden, die immer neue Arbeitsgelegenheiten und damit ein Steigen der Arbeiterlöhne hervorbringen.“

Jetzt sollte man's nicht für möglich halten, daß der gute Mann nicht merkt, welches furchtbares Urteil er mit seiner Geschichte über die kapitalistische Wirtschaft fällt? Man mag sich nur über was das bedeuten will. Nur dann haben die Arbeiter Aussicht auf dauernde Beschäftigung, wenn sie sogar auf die winzige Lohnerhöhung verzichten, von der in diesem Beispiel die Rede ist! Und wenn sie dauernd hungern wollen, können sie dauernd Arbeit kriegen! Streben sie aber nach einem ausreichenden Einkommen, dann fehlt es infolge der kapitalistischen Zusammenhänge alsbald überhaupt an Arbeitsgelegenheit.

Das folgt schon einmal unmittelbar aus dieser hübschen Geschichte. Aber es folgt noch weit mehr daraus. Der Verfasser hat auf die ganz richtige Tatsache hingewiesen, daß hohe Gewinne zur Anhäufung großer Kapitalien führen, und daß diese Kapitalien stets in irgend einer Weise zur Beschäftigung von Arbeitern dienen. Er schließt daraus, daß die Arbeiter selbst ein bringendes Interesse an hohen Kapitalgewinnen haben, denn je mehr Kapital angesammelt wird, desto mehr Beschäftigung ist für die Arbeiter vorhanden, was zweifellos die Gesamtlage der Arbeiterklasse durch Steigerung der Löhne und Ver-

minderung der Arbeitslosigkeit verbessern muß. Es ist dies die bekannte Lehre von der angeblichen Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit.

Aber mit seinem praktischen Blick und nicht angelegentlich von den Verwirrungen der bürgerlichen Theorie hat er zugleich darauf hingewiesen, daß hohe Kapitalgewinne nur möglich sind bei niedrigen Arbeiterlöhnen. Und das führt ihn zu dem überraschenden Schluß, daß die Arbeiter, angeblich in ihrem eigenen Interesse, mit niedrigen Löhnen zufrieden sein müssen. Sollte er nämlich nur noch einen einzigen Satz weiter geschrieben, um das Endergebnis seiner Darlegungen zu ziehen, so hätte dieser Satz lauten müssen: „Also, Arbeiter, Ihr seht, wenn es Euch gut gehen soll, dann dürft Ihr keine Lohnerhöhungen verlangen; denn je niedriger Eure Löhne, desto größer die Kapitalgewinne, aus denen all der geschilderte Segen für Euch fließt.“ — Wir dürfen wohl annehmen, daß dem Verfasser an dieser Stelle der Widerspruch doch aufgefallen ist, und daß er es deshalb unterlassen hat, den letzten Satz zu schreiben.

Damit ist aber die Lehre von der „Harmonie der Interessen“ gerichtet. Sie kommt auf den vollkommenen Widerspruch hinaus, daß die Arbeiter, um gut zu leben, recht wenig Lohn kriegen müssen! — Der Verfasser sieht richtig, daß starke Kapitalansammlung in der Tat Lohnsteigerung nach sich ziehen kann — wenn auch keineswegs immer —, aber er überlegt nicht, daß selbst im günstigsten Fall infolge der Lohnsteigerung die Kapitalansammlung bald nachlassen muß. Denn je mehr die Arbeiter kriegen, desto weniger bleibt an Profit übrig. Damit hört denn auch die Lohnsteigerung wieder auf, so daß selbst in diesem günstigsten Fall die „Harmonie der Interessen“ nur eine Scheinbare und schnell vergangene ist.

Ganz aus dem Auge läßt aber der „praktische“ Mann die Tatsache, daß der erhöhte Lohn natürlich in jeder Arbeiterfamilie zur besseren Ernährung, zur Anschaffung von Kleidern, Hüten, Schuhen, Wäsche, Uhren usw. usw., zur Mietung besserer Wohnungen und damit zur Beschäftigung von zahlreichen Arbeitern führt und natürlich nicht eine Spur weniger Arbeitsgelegenheit schafft, als der „vorteilhafteste“ Unternehmergewinn.

Politische Uebersicht.

Die erfolgreiche Landtagswahl in Anhalt.
Für den anhaltischen Landtag werden außer 12 Privilegierten 24 Abgeordnete nach gleichem, geheimem, indirektem Zensuswahlrecht gewählt. Der Zensus ist in den Städten 1050 Mk., auf dem Lande 600 Mk.

Das indirekte Wahlrecht macht uns Erfolge auf dem Lande noch außerordentlich schwer. Nur in den Landkreisen mit in der Nähe der Städte befindlicher Industriebevölkerung, zwei Kreisen in Dessau und zwei Kreisen in Bernburg, bieten sich uns schon Erfolgsmöglichkeiten. So ergaben wir in Dessau-Land-Ost 22 Wahlmänner gegenüber 27 agrarischen in Dessau-Land-West aber nur 25 gegenüber 60 agrarisch-bürgerlichen. In Bernburg-Land-West (Leipoldsdorf-Beulungen-Neundorf) sind wir mit 25 Wahlmännern zwischen 43 und 33 bürgerlich agrarischen ausfallsgebend. Die 43 hat ein Landwirt, die 33 eine Art national-sozialer Pastor (Baumecker). Die übrigen sechs Land-

„Mein lieber Vater, da gibt es Männer, die einen großen Ruf und einen Namen verdienen, wenn ihr Kapitalverleger es gestattet, und die dennoch ihr Verbalg und ihre unbilligen Forderungen abgeben. Und dann werden diese jungen Leute, die reich sind an männlichen Eigenschaften, die noch der erste Raum ihre Oberlippen beschnitten. Wulf ist ein Mann durch sein Talent; Wulf ist ein Gentleman; Wulf wird mit Schillers Versen fertig werden, leichter, glaubt Sie mir, als mit den geschmacklosen Kosebüchsen Tiraden. Er spielt den Romantiker, und ich werde um're die großen Szenen fertig mit ihm einreden, bevor wir in Probe gehen.“

Vater verneigte sich, lächelte pfiffig und sagte: „So sei es! Ich bin nicht der rechtshaberliche Streithahn, der sich wider keine Anzeichen über relative erröglliche Befehung familiärer gebrüderlicher Intendanten auflehnen wird. Bitte legt nur um deso viele kleinerer Rollen. Väter sind vorhanden, denn ich?“

„Zwei Exemplare!“
„Was schreiben kann, muß schreiben, über Nacht. Ein halbes Dutzend gegossenes Kalbfleisch, ein ganzes gute Gänsefleisch, festes Kamelpapier, schwarzer Kaffee, noch schwarzer Tee aus Herrn Direktor Meemanns Vorrat... morgen hat jeder männliche seine Partie und kann daran buchstabieren und lauten nach Sprechensgelehrter. Gott sei! mir bei in der ersten Theaterprobe! Da wird es hien: Mein Vater, Sie sind ein herrlicher Vater! ... Englands folge Königin redet nicht nach meinem Sinn! ... Nur an Maria kann man sich weiden, und Monsieur Mortimer ist zu beneiden!“

„Sagen Sie, wie unrecht Sie sich sind? Sie sprechen Ihre Verse vorbreiflich.“

„Die wenigen, ja, doch Bärerische Verse sind keine Schillerche. Nun Gott beschützen! Ich gebe dran wie der Bauer in die erste Schacht. Demoselle sind der kommandierende General, Sie haben es zu beantworten, wenn Seine Erlaucht einen allzu schroffen Widerspruch finden zwischen den Ideen des Oberfeldherrn und den Kräften der Truppe.“

„Sagen Sie das meine Sorge sein, Vater. Und solange den Soldaten die Gage nicht ausbleibt...“

„Sagt die Truppe stand im Winterquartier! — Er blühte die Hand, sah sie ernstlich an und sagte: „O der glückseligste Wulf ist der Schlingel gut daran, für eine solche Partei sich erdolzen zu dürfen!“ Er gehörte sich dabei so komisch sentimental, daß Gottlieb ihre Verlegenheit hinter gewaltsames Auffachen verbergen konnte. Dabei vergab sie doch nicht, den Vater einzuschüpfen, er möge ihr den Sohn schicken, sobald diese im Besitze des Mortimer sein.“

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Soltel.

19

Gottlieb hatte ganz richtig vorhergesagt; sie konnte ihre ehemaligen Kameraden. Vor Schillerschen Jamben begien sie sämtlich eine heilige Scheu. Meister Wäcker hörte ihr zwar andächtig zu, und gehorsam neigte er sich, als sie ihm ihre Wünsche mitteilte, die zugleich Befehle waren, dann aber lächelte er: „Ein schwerer Stück Arbeit, Mademoiselle; zu schwer für meine Truppe!“ Sie wußte sich: ihrer fünf bis sechs, ihn mit einem gerechnet, würden sich spielend in das Ungewohnte finden; dadurch wären die wichtigsten Partien gedeckt, und den übrigen müsse man eben Nachsicht gönnen.

„Die werden wir sämtlich brauchen“, jammerte er; „und in so hohem Grade werden wir sie brauchen, daß sie kaum ausreichen dürfte. Auch nehmen Sie mich nicht aus, hochgenelgte Dame! Ich verdiene das am wenigsten; ich muß in Ihren Augen als verflörter Säufer erscheinen. Denn nicht nur, daß ich meine Unlust, mein Ungehör, in Versen zu sprechen, einsehe... ich bin sogar ein Gegner derselben. Wohl verstanden, nicht der Verse an sich, wie ich zu schätzen weiß, weil ich die Poesie ehre und liebe, nur derjenigen die in der Absicht gemacht wurden, daß sie auf dem Theater gesprochen werden sollen. Es ist ohnehin schon nichts Kleines, Charaktere zu schaffen und zu sondern, weder für den Dichter noch für den Darsteller; ein markiger Dialog in ungebundener Rede eignet sich für beide dazu, daß die verschiedensten Personen möglichst geltend werden können. Reden alle in einer Form, in einem Tone... da mag der Zufall verhüten, daß sie nicht samt und sonders miteinander laufen wie Tränen, die auf Klempapier tränen. Ich erlöste in diesen Kunstwerken nichts anderes denn mit Blumen umhüllte Entwürfel, die der Wahrheit, der Natürlichkeit auf der Bühne zwischen die Füge gemorfen werden sollen. Man verschert uns, das sei notwendig, um der höheren Kunst gehöri Raum zu verschaffen... daran glaube ich nicht. Meine frühesten Erinnerungen reichen noch zurück in die improvisierte Komödie, der ich keinesfalls das Wort reden will, der wir Meistern es aber doch verweigert. daß wir den hohen, paradiesischen Ton vermelden lernen, den die jüngeren Herren viel an schlagen. Ich habe durch mein Beispiel, in meinem kleineren Wirtungsstreife wenigstens, rechtlich darauf hingearbeitet, daß geredet werde — nicht gefungen im reitierenden Schwallbel, nicht ge-

lungen, gewinkt, gehült; daß dem Sinne der Worte ihr Recht gefehle, doch auch der Bedeutung des Charakters, dem Gange der menschlichen Handlung. Wie ist das durchzuführen, wenn meine Leute stottern, das heißt: Zischen und Versätze an den Jüngern abzulien? Meines Erachtens gibt es nur einen vernünftigen Grund in Versen zu sprechen, den nämlich, daß der Zuhörer die Verse wie ein Stück als solche höret. Wie ist dieser dramaturgisch-ethymische Vortrag mit der Hauptache, mit der einzigen, naturgemäßen, allgemein verständlichen Sprache vereinigen lassen, darüber bin ich noch nicht ganz ins klare gekommen. Was ich fürchte, die Herren in Romar, durch ihre hochfliegenden Ansichten von Kunst und durch ihre idealistischen Veredelungspläne, ruinieren uns das hübsche deutsche Komödienfeiern, was wir zur Not hatten, ganz und gar. Sie rotten bei Sturm und Stille die nationale Etrenklichkeit aus, brängen uns die arroganten Ansprüche auf und vertrieben sich samt uns in ein Diktät englischer und spanischer Wäcker. Möglich, daß sie nach und nach eine hochvoetische Schule bilden; möglich, daß es letz schon Schauspieler gibt, die sich in gebundener Rede verständig und verständlich mitteilen wissen...? Ich hatte noch nie Gelegenheit, einen solchen zu bewundern; und was mich betrifft, bin ich gewiß kein solcher. Anfers Maria Stuart wird sich für die Stillperiode werden... Mademoiselle natürlich ausgenommen.“

„Und Ihr Sohn?“
„Mein Sohn? Hochpreisliche Demoselle Gottlieb, wer hätte den unterrichten sollen, Verse vorzutragen? Er ist in der Prosa umeres Repertoire aufgewachsen und hat kein anderes Metrum kennen gelernt, als jenes der Schläge, die bisweilen auf ihn fliegen. Wir haben kein verflüchtetes Stück gespielt seitdem er denken kann. Und weiß er wirklich etwas von den äreeren, veralteten Sachen... es ist wohl möglich, weil er schon als Kind immer die Nase in meine Bibliothek steckte... da tritt ich zu bedenken, welche ein Unterschied stattfindet zwischen ihnen und den Fingern, so man uns heutzutage beibringen will. Jene ebrsten verstorbenen Alexandriner trugen den Sprecher, sie wolegen loszuziehen sich und ihn anzuleh. Die fünfzigsten, meist ungeteimelten Nambur wollen handhabt, vielmehr gannndhabt sein; die unteren den Reder nicht, die schlären den Hörer nicht ein, sie stellen sich zur Wehre und es braucht Saare auf den Bühnen, daß einer sie kurz kriegen und bändigt.“

„Wulf hat Saare auf den Bühnen!“
„Das er doch kaum welche ums Sinn.“

(Fortsetzung folgt.)

Antisemitismus

Das ist ein Verhalten, das nicht mehr weit davon entfernt ist, unter den § 109 des Reichsstrafgesetzbuches zu fallen...

Und diese Wahlmethode, die man heute nicht einmal mehr in Galizien sich zu überlassen getraut, wird in Preußen...

Die Wahlrechtsdeputation des sächsischen Landtages hielt wieder eine Sitzung ab, die sich mit der Wahlkreis-Einstellung beschäftigte...

Die preussische Steuerreform. Die Finanzverwaltung kommt von 900 auf 1200 M. zu erhöhen. Leider ist es bei der...

Die staatsbürgerliche Freiheit in Thüringen. Gegen die Teilnahme preussischer Bahndeamtisten an den Landtagswahlen...

Die Zahl der „nationalen“ Männer Deutschlands. Die „Post“ hat sich der Frage unterzogen, die nationalen Männer Deutschlands zu zählen...

Poladowsky und die Parteien. Auf unsere Feststellung, daß die bürokratischen Parteien dem Grafen Poladowsky keinen Reichstagsplatz...

Ein Zwangsverfahren ist gegen die Redakteure der Arbeiterzeitung in Dortmund, die Genossen Saenlich und Kottelbach, eingeleitet worden...

Bei der Reichstags-Erwahl in Remel-Geheberg wurden nach amtlicher Zählung insgesamt 14.484 gültige Stimmen abgegeben...

Antisemitismus eingetreten. Das ist ein Verhalten, das nicht mehr weit davon entfernt ist, unter den § 109 des Reichsstrafgesetzbuches zu fallen...

Der Hochschulkreis in Rußland. Die bereits sehr zahlreich gemeldet wurde, hat die Mehrzahl der Studenten der Petersburger Universität...

Die Forderungen, die von den Studenten aufgestellt werden, tragen einen rein akademischen Charakter. Sie lauten darauf hinaus, die im Jahre 1905 erlassene Autonomie der Hochschulen...

Die letzte große Welle des Hochschulkreis fällt in die Jahre 1899-1905. Mit großer Beharrlichkeit und hohem Opfermut kämpfte die russische Studentenschaft...

Die Parteiverammlung in Nürnberg. Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Augsburg-Münchener Gegend...

Die Parteiverammlung in Augsburg nimmt Kenntnis von den Berichten ihrer zum Parteitag delegierten Vertreter und beschließt, zusammen mit den anderen Parteigenossen Deutschlands...

Die Parteiverammlung in Nürnberg. Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Augsburg-Münchener Gegend...

Die Parteiverammlung in Nürnberg. Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Augsburg-Münchener Gegend...

Antisemitismus eingetreten. Das ist ein Verhalten, das nicht mehr weit davon entfernt ist, unter den § 109 des Reichsstrafgesetzbuches zu fallen...

Die Wahlrechtsdeputation des sächsischen Landtages hielt wieder eine Sitzung ab, die sich mit der Wahlkreis-Einstellung beschäftigte...

Die preussische Steuerreform. Die Finanzverwaltung kommt von 900 auf 1200 M. zu erhöhen. Leider ist es bei der...

Die staatsbürgerliche Freiheit in Thüringen. Gegen die Teilnahme preussischer Bahndeamtisten an den Landtagswahlen...

Die Zahl der „nationalen“ Männer Deutschlands. Die „Post“ hat sich der Frage unterzogen, die nationalen Männer Deutschlands zu zählen...

Poladowsky und die Parteien. Auf unsere Feststellung, daß die bürokratischen Parteien dem Grafen Poladowsky keinen Reichstagsplatz...

Ein Zwangsverfahren ist gegen die Redakteure der Arbeiterzeitung in Dortmund, die Genossen Saenlich und Kottelbach, eingeleitet worden...

Bei der Reichstags-Erwahl in Remel-Geheberg wurden nach amtlicher Zählung insgesamt 14.484 gültige Stimmen abgegeben...

Wieder ein gemäßigter Lehrer. In den letzten Jahren in Rassel wurde während des letzten Wahlkampfes die Frage gerichtet, ob er im Falle einer Stichwahl...

5. Auszählung.
Für den Stadtverordneten-Wahlbezirk gingen ein:

Beckers, Antilope	789,57
Markenmühl, Distrikt 10 d. Hoffmann	6,70
Außenburger-Kolonie	1,50
Abgeleitete Projekte von Debat	5,50
Schmitz, Matthiasstraße	5,50
Verband der Gastwirtegehilfen	1,08
Markenmühl, Distrikt 19a d. Schubert	1,10
Abgeleitete Projekte d. Klose	1,10
Distrikt 1, Riste 95, d. Kämpel	1,10
1 88 d. Pütz	1,10
C. E.	1,10
Verband der Kupferschmiede	1,10
Distrikt 16, Riste 107, d. Mündel	1,85
16 111 d. Müllrich	6,80
16 112 d. Wacht	4,25
Verband der Hammer- und Hülfsarbeiter	15,00
Sohn vom gemülligen Moritz	1,00
Verband der Buchbinder	1,00
Zusammen	892,85

Sammlerlisten sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße Nr. 5, II., zu haben. Dasselbst sind alle die Stadtverordnetenwahlen betreffenden Gelder abzuliefern.
Robert Herrmann, Kassierer.

Breslauer Marktbericht.
Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.
Breslau, 7. Oktober 1909.

gute		mittlere		schlechte	
Weizen weißer	20,50	19,80	19,70	18,80	18,70
Weizen gelber	20,40	19,70	19,60	18,70	18,60
Weggen	17,60	17,00	16,90	16,50	16,40
Weggen gelber	17,50	17,00	16,90	16,50	16,40
Gerste	15,00	14,80	14,70	14,40	14,30
Hafer	16,00	15,50	15,40	14,90	14,80
Roggen-Ähren	24,50	23,50	23,50	21,50	20,50
Erbsen	21,00	20,50	19,50	18,50	17,50
Winterraps	22,50	22,50	24,50	20,00	20,00

Den pro 50 Kilo, S. - bis 9,30 M. -
Stroh pro Schock 37. - bis 38. - M.
Breslauer Viehmarkt, Weib, ruhig, pro 100 Kilo, inkl. Sad Brutto.
Belgenmehl 00, feiner, 28. - bis 28,50 M. -
Belgenmehl 00, feiner, 24. - bis 24,50 M. -
Belgenmehl 00, feiner, 23,50 bis 24. - M. -
Belgenmehl 00, feiner, wenig Gefäße, 11,50 bis 12. - M. -
Belgenmehl 00, feiner, wenig Gefäße, 11. - bis 11,50 M. -

Stadt-Theater.
Donnerstag, 7. Uhr:
„König Leobius“.
Freitag, 7. Uhr:
Fest-Vorstellung
anlässlich der Tagung des Bundes
Deutscher Frauenvereine.
„Sibelius“.
Sonnabend, 7. Uhr:
„Die Meisterfänger von
Rürnberg“.

Lobe-Theater.
Donnerstag, 8. Uhr, zum 75. Male:
„Ein Walzertraum“.
Freitag, 8. Uhr:
„Der fidele Bauer“.
Sonnabend, 8. Uhr:
zum 1. Male:
„Wolkenkrieger“.

Thalia-Theater.
Freitag, 7. Uhr:
Gumboldt-Verein (Kommun.-Verz.)
„Simon“.
Sonnabend, 7. Uhr:
„Die letzte Witwe“.
Bischofshaus Freitag und Sonnabend von
10-2 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus
Donnerstag, 8. Uhr:
„Gasparone“.
Freitag, 8. Uhr:
„Gasparone“.

Liebich's Etablissement.
25. I. Theater:
12 Debuts.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
Gastspiel:
Blatzheim.
Ferner:
5 neue
Attraktionen. 5
Anfang 7 1/2 Uhr.
Dons wecheltags gültig.

Zeltgarten.
St. H. Kratzsch.
Vollständig neue
Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Palmengarten.
St. H. Kratzsch.
Oktoberfest
a la München.
unter Leitung des
Herrn P. Knorr.
2 Kapellen.
Entrée frei!

Portier
für Sonntag abend gesucht
Goldener Zepter
Müllerstraße. 4788

Junges Mädchen nachm. zu
2 Kindern
W. Rechte, Berliner Chaussee 93. 4769

Hosennäherin
L. G. m. f. Briggittenstr. 19, 2. Stieg.

Hosennäherin
H. f. Sedlitzstr. 11, Sauer, hochst.

Vierturmstraße 7
sind preiswerte
Wohnungen und Läden
halb billig zu vermieten. (4682)

Renov. Wohnungen
12, 50, 16, 50, Semaltstr. 23. 4775

Geld Bock, Lehmann
auf Pfänder, Lehmann
Rechnitzer,
Strasse 5.

Arme und weniger bemittelte
Knaben, Mädchen u. Erwachsene
erhalten praktischen Musikunterricht
f. gamabare Instrumente b.
Honorarermäßigung von 2 M.
monatlich. 4786

Instrumente zu geringer
Leihgebühr.
Herr. u. A. 100 Gr. d. Stg.
Gutes Musikinstrument billig zu verkaufen
Sächsenbergstr. 4. IV. Stg. I. 4774

Achtung!
Große Auswahl gefr. Möbel, Schränke,
Bettstellen, Bekleidungs- Gegenstände, ganze
Zimmer-Einrichtungen. Inhaber billig zu
verkaufen. Friedrichstraße 68. 4785

Kaufe jeden Boden gefr. Möbel,
Bettstellen, Kinderwagen, st.
Bekleidungs-Gegenstände, ges. inf. Sachen.
Wahler, Sackstr. 36. 4785

Für 1433
Zigarrenmacher!!
Alle Rohstoffe für
Zigarrenfabrikation em-
pfiehlt in größter Auswahl
und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hammerstr. 26.

Friedrich-Wilhelmstraße 72.
Va. Va. Kantabak
in reichlicher Auswahl.
Carl Birkholtz Mohl.
— gegründet 1872. — 3814

Reste-Tee
1/2 Pfd. 50 Pfg.
Teichmann & Co.
Schweidnitzerstraße 9,
jeht Eing. Cröllitz. 451
18 Geschäfte in allen Etablissements.

**Cigarren- und
Nothabak-Geschäft**
Erfolgt 45 [4551]
Gneisenaustraße 17
(Ecke Schindemann)
Johannes Kubis.

Wilhelmsburg Norderstraße No. 54.
Zuh.: Franz Hötzel.
Heute Donnerstag:
Tanz-Kränzchen.
Orchestra-Polka.

Brennerei-Ausschank „Kupferhammer“
Mühlgasse 9. 4787
Jeden Freitag Abend: Fischessen Portion 30 Pf.
Sonnabend Abend: Eisbein 50 Pf.
Dienstag Abend: Szeged-Goulaschi-Schüssel 40 Pf.

Aus dem größten Fischereihafen der Welt trifft heute eine Ladung
frischer Seefische
ein und offeriere davon: 4781
Allerfeinsten Seelachs, nur Mittelstücke, per Pfd. 14 Pf.,
allerfeinsten weißfleischigen Kabelau, nur Mittelstücke,
per Pfd. 19 Pf., allerfeinsten Belgoländer Angeln-
schiff, nur Mittelstücke, per Pfd. 20 Pf., allerfeinsten
Bratfisch, per Pfd. 15 Pf.,
Große Rotzungen, Pfd. 30 Pf., Goldbarsch, Pfd. 18 Pf.,
Seltbunt, im Auschnitt, Pfd. 60 Pf., Fischotter, Pfd. 40 Pf.,
Bander, je nach Größe, Pfd. 65-85 Pf.
Alle anderen Fluss- und Seefische billigst.
Lebende Karpfen, Hechte, Schleien, Aale, Forellen.
Prompter Versand nach außerhalb.

Gemischter 2487
— und 3887 —
Gartenstraße Nr. 19, Filialen: Markthalle I und II.

Putz
bestes flüssiges
Metallputzmittel.
Allein. Fabr.
Fritz Schulz jun.
A.-G.
Leipzig.

Lohn, Preis u. Profit.
Rede von Karl Marx
mit Vorwort von
Ed. Bernstein.
— Preis 20 Pfg. —
Zu beziehen durch:
Buchhandlung „Volkswacht“.

„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

KULTUR-TRÄGER
Schilderungen bedeutender Männer
von heute und einst, in allgemein verständlicher Darstellung.
— Die Sammlung wird fortgesetzt. —
Wer etwas für seine Bildung tun und sich nach und nach eine vorzügliche Hausbibliothek anschaffen will, dem seien die von berufenen Federn geschriebenen „Kulturträger“ empfohlen.

Buddha und der Buddhismus	von Dr. J. Reiner.
Confucius, der Weise von Lu	von Dr. J. Reiner.
Zarathustra	von Dr. J. Reiner.
Moses und sein Werk	von Dr. J. Reiner.
Jesus im Wandel der Zeiten	von Dr. Joh. Riehl.
Mohammed und der Islam	von Dr. J. Reiner.
Giordano Bruno und seine Welt-anschauung	von Dr. J. Reiner.
Platon, Leben und Werke	von Dr. J. Reiner.
Jean Jacques Rousseau, der Philosoph des Naturrechts	von Dr. J. Reiner.
Charles Darwin und seine Lehre	von Dr. E. Mensch.
Kant und seine Philosophie	von Dr. Joh. Riehl.
Friedrich Nietzsche, Leben und Werke	von Dr. J. Reiner.
Leo Tolstoj	von Dr. J. Reiner.
William Shakespeare	von Dr. E. Libben.
Henrik Ibsen in seinen Gedanken und Gestalten	von Dr. A. Rasel.
Maeterlinck als Philosoph und Dichter	von Dr. E. Normann.
Copernikus und das neue Weltssystem	von Dr. L. Sehring.
Ulrich von Hutten, ein Vorläufer unserer Zeit	von Dr. L. Stahl.
Napoleon I.	von Prof. Dr. K. F. Jordan.
Spinoza, sein Leben und Philosophie	von Dr. A. Rasel.
Galilei und das Universum	von Dr. L. Sehring.
Hegel, sein Leben und Wirken	von Dr. L. Stahl.

Preis pro Band Mk. 1.—
Buchhandlung „Volkswacht“.

Fellhammer. Geschäftseröffnung. Fellhammer.
Einem geehrten Publikum von Fellhammer und Umgegend zur
gef. Kenntnisnahme, dass ich im „Gasthof zur Erholung“ ein
Fleisch- und Wurstgeschäft
eröffnet habe. Es wird stets mein Bestreben sein, nur gute Waren zu
führen und bitte um gütigen Zuspruch.
Hochachtungsvoll
F. Rasel.
4780

Bitte Schaufenster zu beachten.
Zum Umzuge
empfehle mein aus reichhaltigste assortierte Lager
in 4532
Haus- und Küchen-Geräten,
als:
Glas-, Porzellan- u. Emaille-Waren,
Leitern, Holzschaffern u. Wannen,
Spielwaren, Restaurations-Artikel
zu bekannt billigsten Preisen.
R. Kornmann,
Friedrich-Wilhelmstraße 50,
Filiale: Gräbichenerstraße 28.
Bitte Schaufenster zu beachten.

Gute, billige Uhren unter Garantie!
Gold- und Silberwaren!
Silberne Herren- u. Damen-Uhren v. 8 M. an
Goldene Damen-Uhren . . . 15 . . .
Goldene Herren-Uhren . . . 25 . . .
Regulatoren, Wand-Uhren u. Wecker billigst.
Trauringe in verschied. Gold schon v. 6 M. an.
W. Broschen, Ohrringe, Armbänder usw.
Ketten für Herren und Damen, äußerst haltbar.
Reparaturen werden in meiner Spezial-Werkstatt
sauber und billig ausgeführt. 3687
R. Leitloff, Uhrmacher, Nikolaistraße 11, am Königsplatz.

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.
Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung
der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum
ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der
Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem
Grade interessiert als der Besondere.
In gemeinverständlicher Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung
der Arbeiterverhältnisse sollen in loser Aunehmungsfolge die für den Arbeiter
wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiet der Gesundheitspflege von er-
fahrenen Aerzten bearbeitet werden, so zwar, daß jedes Heft für sich ein
abgerundetes Ganzes bildet.
Bisher erschienen:
Heft 1. Die erste Hülfe bei Unglücksfällen.
„ 2. Das erste Lebensjahr, von Dr. Silber-
stein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung
zu empfehlen.
„ 3. Gesundheitspflege des Nervensystems.
Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese
diese Anleitung.
„ 4. Der Achtstundentag, von Dr. Zabel.
Eine ärztliche Begründung der sozial-
demokratischen Forderung.
„ 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse, von
Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agi-
tationsbrochure.
„ 6. Das Schulkind, von Dr. Silberstein.
Die Kinder vor Schulkrantheiten schützen, ist
zweck dieses Büchleins.
„ 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechts-
krankheiten, von Dr. Gebert. Belehrend
aber diese, für jeden Menschen wichtige Frage
„ 8. Nahrung und Ernährung, von
Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für
jeden Arbeiter und seine Familie.
„ 9. Wie sollen wir uns kleiden? von
Dr. Paul Bernstein.
„ 10. Der Arbeiterschutz mit besonderer Be-
rücksichtigung der Werkstatthygiene von
Dr. M. Epstein-München.
„ 11. Frauenleiden und deren Verhütung.
„ 12. Vom medizinischen Aberglauben, von
Dr. G. Thesing-Magdeburg.
„ 13. Das Wasserheilverfahren in der
Gesundheitspflege des Arbeiters, von
Dr. S. Munter.
Neu erschienen:
„ 14. Verhütung und Heilung des Stotterns,
von L. Jordan, mit einer Einleitung über
Sprech- und Sprachstörungen
„ 15. Geschlechtliche Erziehung in der Ar-
beiterfamilie, von Dr. Julian Martuse.
„ 16. Zähne und Zahnpflege, von Gertrud
Rewald-Berlin.
„ 17. Bau und Lebenstätigkeit des mensch-
lichen Körpers, von Dr. Christaller-Berlin.
Jedes Heft 20 Pfg.
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich
geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“
und durch unsere Kolporteurs.

Der Herr Entschluß zur Zustimmung zu dem Budget ins Feld führen. Es war nicht richtig, ihnen deshalb einen Tadel aufzusetzen, was sie glaubten nach der Forderung des Abgeordneten zu haben. Das ist, was vorher die Arbeiter und Arbeiterinnen im Lande das Rechte getan haben. Es ist dabei nicht zu verstehen, was man jetzt nach dem Parteitag, der allgemein die alte Politik der Sozialdemokraten anerkannt hat, immer noch von einem Disziplinarmittel reden kann. Auch die Erklärung der SS und des Vorkomitees ist keine Disziplinarmittel, da sie sicher nur als eine Drohung den sozialdemokratischen Abgeordneten gelten soll, die doch sagen werden, die sozialdemokratischen Abgeordneten werden haben eine Dummheit gemacht und sind deshalb gerügt worden, und dabei machen sozialdemokratische Abgeordnete doch keine Dummheiten. Es ist daher auch falsch, wie es andere Orte schon getan haben, daß wir ihnen noch eine Dummheit wegen dieser Erklärung verzeihen. Die Erklärung des Gewerkschafts auf dem Württembergischen Parteitag zeigt doch recht deutlich, daß die Sozialdemokraten sich dem Parteitag gegenüber fügen werden. Man fragt mich oft, ob ich Revisionist oder Radikalist bin. Ich antworte darauf, daß ich zunächst Sozialdemokrat bin, und als Parteifreier verhalte, recht viel Anhänger der Sozialdemokratie anzuzählen. Bei diesem Bestehen bin ich in keinem Revisionist oder Radikalist, die Hauptsache ist, daß ich meinen Zweck erreiche. Jedenfalls kann ich brauchen auf dem flachen Lande diese (besonderen) Erklärungen machen, sondern muß und soll vor allem praktische Arbeit leisten und die Massen aufklären, was ich bisher auch getan zu haben glaube. (Beifall.)

Genosse Albert: Nur, um Ihnen zu zeigen, wie sehr ich ein solches Argument, das ich das vorige Mal und das heute auch, Hermann und Zimmer angeführt, wissenschaftlich berechtigt ist, will ich einige Stimmen anführen, die man nicht ignorieren darf als Nebenstimmen abtun kann. Habe hat das sächsische Parlament als Hauptorgan im Interesse geführt. Kun, Dismarck gab 1867 ebenfalls das allgemeine Wahlrecht. Aber Bebel, der damals als einziger Sozialdemokrat dem Norddeutschen Bundeskongress angehörte, dachte gar nicht daran, ihm das nachzutreiben zu scheitern. Niemand gab es, weil er hoffte, es nach Belieben gegen das Volk verwenden, seinen Abwärtsweg damit herzuführen und die Opposition überwinden zu können. Aus ähnlichen Gründen ist man in Süddeutschland entgegenkommend gegen uns. Und wenn man schon Bebel für den Revisionismus als Kronzeugen anruft: Derselbe Bebel hat dreizehn Jahre später in seiner bedeutenden Taktikrede in Dresden den Revisionismus in Grund und Boden verdammt. Er sagte da unter anderem:

„Nachdem die ungeheuren Wählermassen auf Grund unserer bisherigen Taktik... uns durch ihre Stimmen ihr Ja und ihre Zustimmung gegeben haben, so müssen wir noch energischer, schärfer und schärfer vorgehen als bisher.“

Und in Bezug auf das, was ich über die Stufenangelegenheiten der Revisionisten gesagt, sagt Bebel:

„Wir werden nach wie vor in der schärfsten Opposition stehen. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir Konzeptionen annehmen, wenn wir sie bekommen können und wenn es uns der Nähe wert erscheint... Ich habe mir gesagt, was soll ich denn für diese Konzeptionen stimmen, die wir ja auch bekommen, ohne daß ich dafür stimme; was soll ich mich denn dadurch, daß ich für diese Konzeptionen stimme, gewissermaßen parlamentarisch kompromittieren?“

Und ganz, wie wir es immer betont, sagt Bebel von den Absichten der „entgegenkommenden“ Revisionisten:

„Wenn eine Regierung zum Beispiel Bismarck zum Staatssekretär des Innern... machte... das wäre doch nur denkbar, wenn sie ganz genau weiß, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmert und zu etwas anderem machen würde, als sie jetzt ist.“

Es lohnt sich mir nicht, all den Reformen zu allzu großen Wert beizulegen. Aber das ist ja am Revisionismus der Charakteristische: Seine Selbstlosigkeit. Sagt doch der hier und da von den Revisionisten ins Feld geführte Genosse Bebel:

„Der Revisionismus zeichnet sich vor allem... durch seine große Selbstlosigkeit aus... Mit der geringsten Anstrengung, nur nicht die Massen in Mitleidenschaft ziehen! Ruhe, Ruhe, Ruhe! Kein Geräusch gemacht, bei Tage nicht und nicht bei der Nacht... nur nicht die Massen aufwachen, das würde unsere Ziele fördern... Jene denken: Sie selbst sind wir sind, desto leichter siegen wir; ich sage: Sie selbst sind wir sind, desto weniger wir aufzutreten, desto weniger wir siegen.“

Will man aber Bebel nicht gelten lassen — selbstverständlich ist auch er nicht unfehlbar — so wird man doch unser Programm, wie es von Kautsky erläutert ist, gelten lassen. Der aber sagt noch viel schärfer, wie wir es ausgeführt haben:

„Wir erklären die sozialen Reformen für unwirksam, insofern sie die Aufgabe haben, den im Laufe der ökonomischen Entwicklung stets wachsenden Widerspruch zwischen den Produktionskräften und der bestehenden Eigentumsordnung zu beseitigen und gleichzeitig die letztere zu erhalten und zu stärken... Wir wollen damit nur sagen, sie sollen die sozialen Reformen nicht überschätzen und nicht glauben, dadurch könnten die bestehenden Verhältnisse für sie befriedigend gestaltet werden. Und sie sollen die sozialen Reformen genau ansehen, die ihnen geboten werden und für die sie eintreten. Wenn jedoch der Reformvorschlüsse sind nicht nur unklar, sondern direkt schädlich für die Ausgeborenen; am schlimmsten sind diejenigen Vorschläge, die, um die behobene Eigentumsordnung zu retten, die Produktivkräfte für empfinden, die ökonomische Entwicklung der letzten Jahrhunderte umzukehren machen wollen. Die Ausgeborenen, die dafür eintreten, veräußern ihre Kräfte in dem unfruchtbarsten Bestreben, das Late lebendig zu machen.“

Zusätzlich ist es uns hoch in Fleisch und Blut übergegangen, was uns unsere Meister gelehrt haben:

„Es wäre verkehrt, zu glauben, daß soziale Reformen die soziale Revolution aufhalten können; und ebenso verkehrt ist die Annahme, daß man die Möglichkeit gewisser sozialer Reformen nicht anerkennen könne, ohne damit auch einzugehen, daß es möglich ist, die Gesellschaft auf ihrer bisherigen Grundlage zu erhalten...“

Wir Radikalen besitzen uns also mit unseren Ansichten und Argumenten in der denkbar besten Gesellschaft, und wenn wir uns gegen die feststehende Aufhebung: „Durch soziale Reformen zum Endziel“ aufsehen, so mit gutem Recht und noch besseren Gründen. Nur eines ist zuzusetzen: Beide Wege sind nebeneinander gangbar. Wir nehmen mit, was wir kriegen können und streben immer noch mehr! (Beifall.)

Hierauf erhält, nachdem ein Schlussantrag angenommen worden ist, das Schlusswort

Genosse Mehrlein: Ich bin nicht überzeugt worden und würde, wenn ich nochmals abstimmen hätte, genau so wieder abstimmen. (Zurufe: Sie werden ja nicht wieder gewählt! Beifall.) Die Sozialdemokraten haben den Tadel in der Parteiverbandsresolution nicht verdient, und wenn schon getadelt werden sollte, dann aber alle. Auch radikale Genossen haben für die Resolution Trots gestimmt. Liebstecht hat 1897 in halb würden wir auf den Boden der Praxis gedrängt. Aus Arbeiterkreisen sind wir aufgefordert worden, für Verbesserung der Gesetzgebung einzutreten. Nicht soll man die traffe Negation propagieren, sonst kommt man in die Gerichte und wird, was wir bekommen sind.“

In Süddeutschland stehen die Massen hinter den Führern, und die Gewerkschafter sind erst recht für die Sozialdemokraten. (Zurufe: Aber 14 Jahre ging's doch ohne Budgetbewilligung! Ja, aber diesmal war besonders viel erreicht worden! Wir sind radikal, nicht in Worten, sondern in der Tat. Die Sozialdemokratischen Revolutionskräfte sind nicht ein radikales Gewerbe, sondern eine Bewegung.)

und Ruhe), weil über der Neuen Zeit ein Zensor steht, der keine Meinungsfreiheit respektiert. (Widerspruch.) Wenn ich es deshalb auch aus der Reaktion ausgereit. 1903, das ist richtig, da war ich noch radikal, weil ich in Hamburg nur die graue Theorie in mich aufgenommen hatte. Die Meinungsarbeit aber hat mir Klarheit verschafft und mich zur besseren Einsicht gebracht. (Schumann: Das freut sich!) Es ist immer wieder richtig, was Heinrich Heine sagt:

Im hung'igen Magen Eingang finden
Nur Suppenloht mit Anbeldelrind,
Nur Argumente von Kinderbeuten,
Begleitet mit Schilling's Würstchen.

Ein schwebender Stoßfisch in Butter gefotten,
Behagel den radikalen Kotten
Nur besser, als ein Mirabeau
Und alle Neben seit Cicero.

In einer persönlichen Bemerkung erhält Genosse Schiller das Wort:

Genosse Schiller bezeichnete in seinen Ausführungen Hermann und Schiller als Genossen, die es besonders stark mit der Theorie zu tun hätten. Darin kann in gewissem Sinne aufgebracht zu erklären, daß er unter der sozialistischen Theorie nicht anders versteht, als den wissenschaftlich begründeten Gedanken, den Klassenlose Gesellschaftsordnung zu setzen. Wenn Kämpfer der Arbeiterklasse vergeblich, denn bei einer „grauen“ Theorie während das beim Gedanken des Sozialismus nicht der Fall ist. Genosse Schiller bemerkte demgegenüber, daß er die gleiche Auffassung von der Theorie habe.

Es folgt die Abstimmung. Zu den drei Resolutionen ist noch eine vierte von Genossen Schiller eingegangen. Sie lautet:

„Die Breslauer Parteigenossen erklären sich — nach einer gründlichen Diskussion über den Nürnberg Parteitag — mit der in Sachen der Unterbreitung geübten Resolution einverstanden.“

Sie wurde mit 108 gegen 84 Stimmen abgelehnt. Die Resolution Cohn (I.) aber mit 98 gegen 92 Stimmen angenommen. Diese Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis davon, daß ein Teil der sächsischen Genossen und der bayrische Landesverband zur Nichtbeteiligung des Nürnberger Parteitag beschlusses aufgebracht und protestiert entschieden gegen dieses undemokratische Verhalten. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß sich alle Genossen, nördlich und südlich des Rhains, den Parteitag beschließen wie sie es werden.“

Hierauf wurde die Resolution Sobbe (II.) ebenfalls und zwar mit 108 gegen 84 Stimmen angenommen. Sie lautet:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Tätigkeit ihres Delegierten einverstanden und erwartet von dem beiderseitigen Entgegenkommen der süd- und nördlichen Genossen, daß die einheitliche Wirkensweise der Partei bald wieder herbeigeführt werden wird.“

Damit war die Resolution Nr. III:

„Die Parteiversammlung kann die Annahme der Vorstandsresolution nicht gutheißen, der Resolution Frohne aber vollkommen erledigt.“

Die Annahme beider Resolutionen wurde mit Heiterkeit und Beifall auf beiden Seiten aufgenommen. Der Vorsitzende gab hierauf seiner Befriedigung über die sachlichen Debatten Ausdruck und sprach die Erwartung aus, daß sich niemand als Sieger, niemand als Besiegter fühlen möge. Das nächste sei jetzt: Arbeit! Arbeit zur Stadterordnung! Schluch der Versammlung um 1/2 12 Uhr.

Interessante Ausführungen über Stadterweiterungen durch Eingemeindung

machen auf dem in Königsberg tagenden preussischen Städtetag der Breslauer Stadtrat Dr. Casse und Oberbürgermeister Vender. Herr Casse führte nach einem uns aus Königsberg zugehenden Bericht u. a. folgendes aus:

Der Gemeindegemeinschaft einer Stadt muß den jeweiligen wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßt sein. Seit dem Mittelalter hat er sich mit steigender Kultur erweitert doch mehr und mehr in nebeneinander liegenden Gebieten. So wurden zum Beispiel Köln und Berlin erst 1709 zu einer Stadt vereinigt. Das allgemeine Landrecht rechnet Vorkräte noch nicht zum Stadtbereich. Die Städteordnung von 1808 bedeutet auch auf dem Gebiete der Stadterweiterung einen Fortschritt, die Vorstädte wurden zur Stadt eingezogen. Die Städteordnung von 1831 gab auch die Möglichkeit, fremde politische Gemeinden mit der Stadt zu vereinigen. Dies ist der Ursprung des heutigen Eingemeindungsrechts. Der den Toren der Stadt bildeten sich nach Aufhebung der Erbuntertänigkeit und des Obersigentums die Grenzen der Land- und Stadtgemeinden können fortan nur durch einen Akt der Stadthoheit verändert werden. Das Eingemeindungsverfahren war bis zum Erlaß der heute gültigen Städteordnung einfacher als jetzt. Nebner erläutert nun des Bestandes der preussischen Städte über 25.000 Einwohner von 1870 bis Ende 1907 an der Hand einer graphischen Darstellung. Danach haben von 62 Städten die umfangreichsten Eingemeindungen vorgenommen: Wilhelm a. d. Ruhr, Gelsenkirchen, Hannover und Köln. Das Wachstum der Städte seit 1870 ist ein Beweis dafür, daß sie nicht darauf verzichten können, wirtschaftlichen Aufgaben hat die Stadt lebhaftes Interesse daran, schließt. Die Bewohner der Vororte haben von der Eingemeindung großen Vorteil, da ihre materiellen wie alle höheren Bedürfnisse von der Stadt viel besser befriedigt werden können, wie davon interessiert, daß, wo Vororte in die Lebensgemeinschaft einer Stadt einbezogen, sie mit der Stadt zu einer Gemeinde verbunden werden und eine einheitliche, wirtschaftliche Verwaltung für die Gesamtheit von Stadt und Vororten sorgt. Sehr wichtig für die Eingemeindung ist die Stellungnahme der Vororte und Landkreise. Die Vororte können mit ihrer Zustimmung oder gegen ihren Willen eingemeindet werden, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Die Zustimmung müssen Städtemeinung ist über das anzurechnen, wo die Vororte in die Lebensgemeinschaft einer Stadt eingetreten sind. Die Landkreise auszuscheiden, brauchen der Eingemeindung nicht zustimmen. Sie haben gegen die Vororte keine gesetzlichen Pflichten, und ihre freiwilligen Leistungen entsprechen durchaus nicht den Ausgaben, die von den Vororten erhoben werden. Der Entwicklung einer Interessengemeinschaft zwischen Landkreis und Vorort oder Stadt ist die Eingemeindung die beste Lösung. Die Vororte sind für die Eingemeindung die beste Lösung. Die Vororte sind für die Eingemeindung die beste Lösung.

mehr gefördert als die der Städte. Die Förderung eines besonderen Eingemeindungsgebietes entspricht weder den gesetzlichen Bestimmungen noch den Interessen der Allgemeinheit, da über die Notwendigkeit der Eingemeindung die Lokalen Verwaltungsbehörden am besten entscheiden können. Die Verhältnisausgleichssetzung zwischen Land- und Stadtbereich muß ohne Einfluß auf die Eingemeindung bleiben und erst nach ihr von einer unparteiisch urteilenden Behörde vorgenommen werden. Städte, die rechtzeitig in großem Umfang Eingemeindungen vornahmen, haben damit die besten Erfahrungen gemacht. Et: Städte müssen rechtzeitig für die Zukunft ein ausreichendes Gebiet für ihre künftige Entwicklung schaffen und eingemeindet sein, daß wahre Selbstverwaltung nur da geübt werden kann, wo alle Kommunalangelegenheiten in einer Gemeinde vereinigt sind. (Beifall.)

In der Diskussion ergrieff zunächst Oberbürgermeister Vender-Breslau das Wort. Er führte aus, daß die Eingemeindungen sich früher sehr rasch und glatt vollzogen hätten, daß aber seit einiger Zeit dabei durch den Widerspruch der Landkreise Konflikte entstanden. Die Landkreise sind nach dem Gesetz bei der Eingemeindung gar nicht beteiligte Instanzen, sondern nur die Organisationen auf dem Lande den Bedürfnissen nicht hätten gerecht werden können, so haben sie sich zu Kommunalverbänden entwickelt und durchweg gut geführt und getragen von dem Vertrauen der Kreisangehörigen, sind sie mit Hilfe ihres verordneten Steuerrechts Träger der modernen Entwicklung auf dem Lande geworden. Für diese Kreisentwicklung tragen die hauptstädtischen Vorortgemeinden erschreckend hohe Lasten ohne entsprechende Nutzen. (Sehr wahr!) Wohl zahlen auch in der Stadt die reichen Leute am Markt viel Steuern für die Erschließung der neuen Terrains an der Peripherie, aber das ist doch nicht so unangebracht, wie in den Vorortgemeinden. Die Vorortgemeinden sind meist im Kreisverband gar nicht vertreten. Die Rittergutsbesitzer und Landräte spielen dort eine große Rolle und sehen diese Gemeinden als abhängende Fremdkörper an. Selbst bei der Eingemeindung wollen sie den Vororten ihre ganz abweichenden Interessen als maßgebend aufdrängen. Dem gegenüber müssen wir darauf dringen, daß nach dem Gesetz die notwendigen Eingemeindungen schnell vollzogen werden. Wenn die Verhandlungen sich jahrelang hinstrecken, ohne zum Ziel zu gelangen, so erzeugt dieses ewige Durcheinanderarbeiten Verwirrung und Demoralisation. (Sehr wahr!) Leider unterbleiben jetzt seitens des Ministeriums vielfach die Vorlagen auf Eingemeindung, weil es vom Herrschafts- oder vom agrarisch-majorsierten Abgeordnetenhaus eine Ablehnung befürchtet. Wir müssen aber darauf bestehen, daß das beherrschende Gesetz scharf und schnell angeordnet wird, sonst verkümmern die Vorortgemeinden wirtschaftlich und sozial. Wo es not tut, müssen im allgemeinen Interesse auch die großen Städte zur Eingemeindung gedrungen werden. Auch Berlin hätte zur Eingemeindung gezwungen werden sollen, wenn es auch vielleicht richtig ist, daß heute Charlottenburg und Wilmersdorf vom eigenen Rathaus besser verwaltet werden als vom Roten Haus. Aber welchen Schaden hat für Groß-Berlin die unterbliebene Vereinheitlichung gehabt? Ich erinnere nur an die Frage der „Großen Berliner“. Da ist die Wahrheit die Erde zu wanden, als eines Tages der preussische Verfassungskommissioner sich auf die Seite der Minorität stellte und die Stadt durch die Konzeptionsverlängerung matt setzte. Uns in Breslau hat das vier Millionen gekostet, denn wir haben Hals über Kopf die Straßenbahn in Stadtheiligkeit übernommen, doch um nicht diese Konsequenzen zu gewärtigen. Niemand und Stadtgemeinde dürfen also über die Eingemeindung entscheiden, sondern das öffentliche Interesse vor allem aber darf die Eingemeindung nicht länger abhängig gemacht werden von den Interessen der Großgrundbesitzer, die am Wohle der Stadt selbst Interesse haben wie am Gebraue. (Beifall.)

Stellvertretender Stadterordneten-Vorsitzer Geheimrat Casse-Berlin: Oberbürgermeister Vender hat vollkommen recht. Wollte ich die gerechtfertigten Klagen Berlins über Schädigungen durch Staatsmaßnahmen hier ausführen, so würde ich mindestens 2 Stunden brauchen. (Sehr wahr!) Jedenfalls dankt ich Herrn Oberbürgermeister Vender für die marke Art, in der er einen Akt geleistet hat, der in der preussischen Staatsgeschichte unerhört ist, nämlich die Konzeption der Verlängerung der Großen Berliner Straßenbahn, die erfolgt ist ohne Anhörung Berlins, hinter dem Rücken der Stadterordneten trotz des bestehenden Vertrages und gegen den klaren Sinn des Kleinbahngesetzes (Hör, Hör!) Selbst konservative Minister haben diesen Schritt der Regierung als ohne Beispiel in den Annalen der Geschichte Preussens bestehend bezeichnet. Bei den kommenden Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus wird sich Gelegenheit bieten, das, was hier geschehen ist, ganz vor aller Öffentlichkeit zu beleuchten. (Stärm. Beifall.)

Das Elend der Arbeitslosigkeit in Breslau

Anlässlich der großen Arbeitslosigkeit in Breslau und Umgebung beschloß das Gewerkschaftsamt eine allgemeine Versammlung der Arbeitslosen abzuhalten. Die Versammlung fand am Mittwoch nachmittags im Gewerkschaftshaus statt, sie war zwar nicht übermäßig besucht, doch war die Zahl der erschienenen Arbeitslosen eine ganz stattliche. Genosse Macholl von den Bauhilfsarbeitern hatte das Referat übernommen. Er entwarf über die herrschende Arbeitslosigkeit ein tristes Bild. Nicht nur im Baugewerbe, sondern in fast allen Berufen machte sich der Mangel an Arbeitsgelegenheit empfindlich fühlbar. Eine genaue Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit ließe sich leider nicht aufstellen. Doch sei es sicher, daß der Umfang weit größer sei als in früheren Jahren. Es sei hinlänglich bekannt, daß, wenn die Bauaktivität sich in absteigender Tendenz befindet, auch eine Anzahl anderer Berufe arg in Mitleidenschaft geraten. Die Arbeitslosigkeit mache sich im ganzen wirtschaftlichen Leben bemerkbar. Die Arbeiter treffe sie am empfindlichsten. Not und Elend ist in den Familien eingegriffen, es sei daher verständlich, wenn die Arbeitslosen, die kein Brot für Weib und Kind haben, in ihrer Verzweiflung zu tückischen Mitteln greifen, die sie sonst nicht anwenden. Aber Hunger, Staat und Kommune an ihre Pflicht zu erinnern und zu verlangen, daß Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, denn die Arbeiter schreien nach Arbeit und Brot.

Macholl führte an, daß die Bauhilfsarbeiter mindestens zur Hälfte, die Bauhandwerker gleichfalls zur Hälfte beschäftigungslos sind. Die Wildhauer waren nicht weniger als 4733 Tage ohne Arbeit, eine erschreckende Zahl.

Es hub eine rege Debatte an, in der die Arbeiter ihre Lage schilderten. Genosse Müller von den Fabrikarbeitern hob hervor, daß es Pflicht des Staates sei, eine Fällung der Arbeitslosen vorzunehmen. Ein Jeder habe das Recht der Existenz. Was tut aber der Staat? Er überläßt alles den Kommunen. Das sei die heutige Arbeitersituation. Steuern muß der Arbeiter zahlen, woher er sie nimmt, sei ihm gleichgültig. Die Arbeiterversicherung sei nicht ausreichend, die Arbeiter in allen Notlagen zu schützen. Zu allen möglichen Ausgaben, für Militär und Marine habe es genug Geld, nur nicht für Kulturzwecke. Auf 100 Stellen kamen Juni 1908 in Breslau 150 Arbeitslose, im Juli 232. Diese Zahlen sind im Reichsarbeitsblatt festgestellt, es sei indessen anzunehmen, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit eher noch größer war. Seit dieser Zeit sei sicherlich der Zustand noch trauer geworden. Was den Zustand noch unangenehmer macht, sei der Umstand, wie von verschiedenen Seiten angeführt wurde, daß die heimischen Arbeiter nicht eingestellt, aber auswärtige Arbeiter angenommen werden.

Die Balkankrise.

Noch immer überwiegen die friedlichen Aussichten; der Wille der türkischen Regierung, die ihr widerfahrene Unbill hinauszunehmen, ohne einen Krieg zu riskieren, ist nicht anzuzweifeln. Sie protestiert zwar gegen die Selbständigkeit des Bulgarenreiches, appelliert aber an den gemeinsamen Eingriff der Mächte. Auch beim Sultan selbst und am Hofe hat die friedliche Stimmung die Oberhand gewonnen. Damit ist die Gefahr eines Krieges als völlig beseitigt zu betrachten. Beim jungtürkischen Komitee erklärt man auf das bestimmteste, daß auch durch keine Demonstration es sich aus seiner bisherigen Reserve herausdrängen lassen würde, und man ist überzeugt, daß der in Aussicht stehende Kongreß der Signatarmächte die Interessen der Türkei völlig wahren wird. Alle Gerüchte von einer angeblichen teilweisen Mobilisierung oder dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen werden als nicht zutreffend bezeichnet. Allerdings ist inzwischen ein neuer Zwischenfall eingetreten, von dem man nicht weiß, ob er zum Sturze der friedensfreundlichen jungtürkischen Richtung in Konstantinopel führt. Nach Depeschen aus Posen in Zeitungen in Athen proklamierten die Serben die Krete die Angliederung von Griechenland. Das wäre eine neue Verletzung türkischen Gebietes, deren Folgen nicht abzusehen sind. Hoffen wir, daß auch dieser Schlag nicht dazu führt, den Balkanbrand zu entzünden, der verheerend auf ganz Europa wirken könnte. Die serbischen Tumulte gegen Oesterreich um Bosnien wollen haben sich inzwischen als nicht sonderlich bedeutsam herausgestellt. Ueber die Gefühle der Serben kann man danach nicht im Zweifel sein, nur fehlt alle Kraft, ihnen Ausdruck zu verleihen. Die serbische Miswirtschaft hat auch die militärischen Hilfsmittel des Landes verkommen lassen. Und wenn selbst das nicht wäre, das Mißverhältnis der Macht zu Oesterreich-Ungarn ist so groß, daß Serbien als Gegner eines Großstaates überhaupt nicht in Betracht kommt. Seine geographische Lage benimmt ihm sogar fast die Möglichkeit einer irgendwie wirksamen Verteidigung. Es ist von allen Seiten vom österreichischen Gebiet umfaßt und die Hauptstadt liegt unter den Kanonen Oesterreichs. Serbien würde in einem sehr kurzen Tanze nur seine Existenz aufs Spiel setzen und es ist denn auch dort schon ruhiger geworden.

Ueber die Stellung Deutschlands herrscht noch immer keine Klarheit. Eine anscheinend offiziös inspirierte Meinungsäußerung der „Böhmischen Zeitung“ macht einen erheblichen Unterschied zwischen dem Vorgehen Bulgariens, das uns „nichts angeht“ und ja auch klein genug ist, um getreten zu werden und dem unseres einzigen zuverlässigen Bundesbruders Oesterreich. Das genannte Blatt schreibt:

„Der Land und Leute der Türkei nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in der Provinz kennt, weiß, daß die bulgarisch-mazedonische Frage weit über die Grenzen der Westküste reicht, als das Schicksal des weit entlegenen Bosnien und der Herzegovina, die faktisch doch schon zur Donaumonarchie gehören. Auch Oesterreich-Ungarn bricht völkerrechtliche Abmachungen, wenn es jetzt die Oberhoheit des Sultans wegwünscht. Es wird seine Sache sein, die Notwendigkeit seines Schrittes darzutun, der von beiden Seiten heftige Angriffe erfährt. Eine Lösung des europäischen Weltfriedens enthält er nicht, da er nur tatsächliche bestehende Verhältnisse in eine andere staatsrechtliche Form bringen will. Ueber die internationalen Verträge werden dadurch einseitig aufgehoben. Deutschland hat keine unmittelbaren Interessen an dem Bestehen oder Fortfall dieser Beziehungen. Es muß seine Aufgabe darin sehen, dazu beizutragen, daß der Weltfriede nicht erschüttert wird. Es wird dies tun, indem es seinen Gesandten im Dreibund nach Kräften unterstützt, um alle Verwicklungen zu vermeiden.“

Das Vorgehen Bulgariens bedeutet unweifelhaft

eine vollkommene Umwertung der bestehenden staatsrechtlichen Lage, und wenn auch praktisch die Bedeutung dieser Umwertung nicht übertrieben groß sein mag, ist sie für die Türkei nicht weniger verlegend und peinlich. Die Unabhängigkeitserklärung ist ein Fortschreiten auf der Bahn eigenmächtiger Gewalttätigkeiten, das vielfach um so unangenehmer empfunden wird, als es eine Bedrohung des Weltfriedens bedeuten kann. Ob Bulgarien in seiner früheren Stellung verbleibt oder sich zu einem unabhängigen Reiche und ob Kaiser Ferdinand sich zum König oder Zaren ernannt, könnte für den praktischen Vorkriegszustand gleichgültig sein. Nicht was die Bulgaren an sich tun, sondern die möglichen Folgen ihrer Handlungsweise sind es, die für die Beurteilung ihres Vorgehens in Europa maßgebend sind. Und die Bulgaren können sich dabei nicht darüber wundern, wenn sie eine zumeist recht abschlägige Beurteilung erfahren.

Wie die Mächte sich zur Frage eines Kongresses stellen würden, ist heute bei der überraschend schnellen Entwicklung der Dinge nicht zu übersehen. Wir möchten aber glauben, daß die große Mehrheit der Mächte, wenn nicht alle, bereit sein werden, sich jedem Vorschlage anzuschließen, der geeignet ist, kriegerische Verwicklungen zu verhindern oder auszuschalten. Daß Deutschland nach dieser Richtung hin alles in seinen Kräften Stehende tun wird, ist selbstverständlich.

In Wien scheint man jedoch, wie gestern schon bemerkt, nicht geneigt, sich einem Kongreß zu unterwerfen.

Oesterreichs Beweggründe.

Ueber die Ursachen, welche Oesterreichs Regierung zu der raschen Annexion Bosniens veranlassen konnten, schreibt uns ein Wiener Blatt:

Der wahre Grund für die Annexion liegt in der Furcht der österreichischen Regierung vor der serbischen Exzentrik, vor der großserbischen Propaganda. Man hat in den letzten Monaten so viel Vespennarrschichten erzählt, hat die Nachrichten von serbisch-serbischen Konventionen im Belgrader Königspalast, die unter der Patronanz des Königs Peter abgehalten wurden, so ins Unermessene übertrieben, daß man all diese Schauerreden nun selbst glaubt. Es scheint sicher zu sein, daß König Peter und ganz besonders der Kronprinz von Serbien ein paar tauend Denare, so viel eben in Serbien gerade überflüssig ist, für allerlei Geheimbundkombis ausgeben haben, aber ebenso sicher ist, daß ein Angriff Serbiens auf Bosnien — wenn eine solche wahrwahrscheinliche Idee jemals Ernst werden könnte — mit nicht sehr viel Unterstützung abgewehrt werden könnte. Aber unsere Staatsmänner haben sich nun einmal die Idee von der serbischen Gefahr in den Kopf gesetzt und wollen deshalb alles daran setzen, um dieser Gefahr zu begegnen. Deshalb beschwört man die Gefahr eines Konfliktes mit der Türkei herauf, deshalb sucht man die Freundschaft Bulgariens unbestimmt darum, daß der von diesem begangene Rechtsbruch gerade eine österreichische Gesellschaft betroffen hat. So bleibt nur zu hoffen, daß Oesterreich, wenn es schon diesen Schritt unternommen hat, wenigstens jetzt alles tun wird, um der Türkei die Zustimmung zu erleichtern.

Die Haltung der Porte.

Wie aus Konstantinopel telegraphiert wird, hat der österreichisch-ungarische Botschafter Markgraf Pallavicini der Porte eine Note überreicht, welche in verhöflichsten Tönen von der Annexion Bosniens Mitteilung macht und diese für unumgänglich erklärt.

Paris, 7. Oktober. Der türkische Botschafter Naim Pascha überreichte dem Minister Richon nachmittags die Protestzirkularnote der Porte gegen die bulgarische Unabhängigkeitserklärung. Es heißt darin: Der Sultan erhebt nachdrücklich Einspruch gegen die Haltung des Kaiserlichen Hofes und appelliert eindringlich an die Signatarmächte des Berliner Vertrages entsprechende Verfügungen zu treffen, beispielsweise die Einberufung einer Konferenz behufs Prüfung der Bedingungen zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung in Bulgarien und Aufrechterhaltung der Interessen der Türkei. Die Porte könnte zur Gewalt greifen, um ihren Rechten Achtung zu verschaffen, aber sie will dies aus Achtung vor den Verträgen und im Hinblick auf die allgemeinen Interessen und das einmütige Friedensbedürfnis vermeiden. Sie protestiert formell gegen die eben vollzogene Verletzung des Berliner Vertrages und behält sich ausdrücklich alle ihr durch diesen internationalen Akt verletzten Rechte vor.

Konstantinopel, 7. Oktober. Der gestrige Empfang des österreichisch-ungarischen Botschafters Markgraf Pallavicini, bei dem Großwesir war eifrig. Der Großwesir warf kaum einen Blick in die Note, die ihm von dem Botschafter überreicht wurde, und protestierte sofort lebhaft gegen den Akt Oesterreich-Ungarns.

Konstantinopel, 7. Oktober. Während die Sprache der türkischen Blätter gemäßigt ist und sie zur Ruhe mahnen und wünschen, daß der Friede erhalten bleibe, bringt das italienisch-französische Blatt „Turquie“ einen äußerst gehässigen Artikel gegen Oesterreich-Ungarn.

Sofia, 7. Oktober. Amtlich wird neuerdings versichert, daß zwar bis jetzt keine Mobilisierung erfolgt sei, daß aber doch Vorbereitungen getroffen sind, im Falle daß die Türkei Kriegszustand erklärt, in voller Effektivstärke ins Feld zu rücken.

Konstantinopel, 7. Oktober. Um Mitternacht zog eine große Menschenmenge mit englischen, französischen und griechischen Fahnen vor die Botschaften von England und Frankreich und brachten begeisterte Hochrufe auf diese Staaten aus. Es wurden Reden gehalten, die sehr kriegerisch waren. Unter den Demonstranten befanden sich auch sehr viele Geistliche.

Ueber die Stimmung in Konstantinopel

wird von dort unter dem 7. Oktober telegraphiert: Das jungtürkische Komitee erklärt, daß es sich gegenwärtig nicht mit der bosnischen Frage, sondern ausschließlich mit den bulgarischen Proklamationen und Agitationen befaßt. Auch die Leiter der türkischen Presse bekräftigen eine Rückwirkung auf das Korpsbereich von Saloniki. Nachmittags fand ein großes Meeting in der Sophienmoschee statt. Ein Ulema hielt eine Rede über die allgemeine Lage, in der er ausführte, man müsse dafür sorgen, daß die Parliamentswahlen rasch und ordnungsgemäß stattfinden, weil die politischen Verhältnisse kritisch seien; was die bulgarische Frage anlangt, so müsse man die Lösung derselben der Regierung überlassen. Türkische Blätter melden, es seien gestern in Stambul Palate angeschlossen worden, welche die Kriegserklärung gegen Bulgarien verlangten. „Sabat“ beurteilt diese Palate, die von Reaktionskreisen veranstaltet worden seien, um Spaltungen und Unstimmigkeiten hervorzuheben, in scharfer Weise. Das Blatt versichert, die Regierung werde nicht abglenken, mit Bulgarien Krieg zu führen, wenn sie dies als mit ihrer Politik vereinbar finde.

Kreta zu Griechenland.

Paris, 7. Oktober. Nachrichten aus Kreta berichten, daß heute auf der ganzen Insel die Einberufung in Griechenland verkündet worden ist. In allen Gemeinden wurde die Verwaltung unter griechische Oberhoheit gestellt. Unter der Bevölkerung herrscht großer Jubel und überall finden Demonstrationen statt. Aus der Provinz treffen die Kretenser truppweise ein, um an den Kundgebungen in Ranea teilzunehmen.

Die Annexion Bosniens.

Serajevo, 7. Oktober. Heute früh 8 Uhr wurde hier und in allen Städten des Landes die (gestern im Wortlaut mitgeteilte) kaiserliche Proklamation an die Bewohner Bosniens und der Herzegovina bekannt gegeben. Die öffentlichen Gebäude sind besetzt. Der Bürgermeister berief den Gemeinderat zu einer Festhaltung. Die Debnung und Ruhe ist nirgends gestört.

Budapest, 7. Oktober. Sämtliche Blätter begrüßen mit großer Genugtuung das Handschreiben des Kaisers, durch das die Annexion vollzogen wird. Es wird hervorgehoben, daß in der Proklamation an die Bewohner Bosniens die Ausübung der Souveränität auch mit der Berufung auf das unverjährte Recht der ungarischen Könige begründet wird, welche Bosnien als Provinz Hungaria beherrschten. Was die Regelung der Verhältnisse Bosniens in Ungarn und Oesterreich betrifft, verbleibt das Territorium bis zur endgültigen Regelung als „separatum corpus“.

Berlin, 7. Oktober. Nach dem „V.A.“ ist anzunehmen, daß Kaiser Wilhelm über die Annexion Bosniens durch Oesterreich bereits während der Kaiserin am 1. November in Elßau-Bohringen durch Erzherzog Franz Ferdinand unterrichtet worden ist. Die deutsche Regierung dürfte daher früher als die französische über die Absicht des Kaisers Franz Josef I. erhalten haben.

Serbiens Feindschaft und Freundschaft.

Wien, 7. Oktober. Aus Belgrad wird gemeldet: Vor der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft fand gestern Abend nach dem Protestmeeting gegen die Annexion Bosniens eine feindliche

Abend des Sozialdemokraten Vereins Breslau Montag, den 12. Oktober Abends 8 Uhr in den Bezirkslokalen.

Aus aller Welt.

Muttergottespenden und das Münchener Ballet. In der bayerischen Merkur-Presse hat sich seit einigen Wochen eine ziemlich erregte Debatte entspannen über gewisse, hier nicht weiter interessierende Vorgänge im größten bayerischen Wallfahrtsort Wallfahrt. Im Verlaufe der Auseinandersetzung forderte nun das „Bayerische Vaterland“, das jetzt dem geistlichen Rat und Pfarrer Sturm, dem Pfarrer Müllner und dem Zentrumsdirektoren Dr. Heim gehört, es möge doch einmal öffentlich Rechenschaft gegeben werden über die von den Wallfahrern beim „bayerischen Nationalheiligtum“ gespendeten Gelder. Auf diese Anfrage erfolgte nun eine zwar sehr gereizte aber im ganzen nichtsfagende Erklärung, die in der Behauptung gipfelte, die Anfrage des Merkur-Blattes sei ein Faustschlag für die Staatsaufsicht, der Abklärung unterstellt sei. Nun veröffentlicht Pfarrer Müllner von Pöndorf im „Bayerischen Vaterland“ neuerdings einen Artikel, in dem er erklärt, im gläubigen Volk gingen allerhand unläuterer Gerüchten über Abklärung um. So sei in früheren Jahren hartnäckig behauptet worden, aus den Mitteln des Muttergottesvermögens in Wallfahrt sei das Münchener Ballet unterhalten worden. Ferner wurde behauptet, daß Vorbilder und Weibgeschenke der Pilger an Devotionalienhändler verkauft wurden usw. Pfarrer Müllner fordert deshalb, es solle folgende Erklärung abgegeben werden: „Die Pilgergelder der Abklärung Opfergaben kommen einzig und allein in frommen und wohltätigen Zwecken zu und werden keinesfalls zu profanen Zwecken verwendet. Siehe die Rechnungsnachweise!“

Man wird ja sehen, ob die Wallfahrts-Administration auf diesen Vorwurf eingeht und genaue Rechnungsnachweise vorlegt. Jedenfalls ist die ganze Sache dadurch sehr interessant, daß sie zeigt, was selbst das gläubige Volk seinen geistlichen Führern alles zutraut. Die Wallfahrtskirche in Wallfahrt und der dortige Kirchenrat, der einen ungeheuren Wert haben soll, werden von den Kapuzinerpatres verwaltet.

Nichts für den Reichsverband. In Oberhausen wurde, wie von dort gemeldet wird, der vereidigte Bücherrevisor und Kontroller Müller unter der Anschuldigung verhaftet, in mehreren

Konflikten bedeutende Unterschlagungen begangen zu haben. Bisher sind Verluste in Höhe von 20.000 Mark ermittelt worden.

Explosion in der russischen Zündhütchenfabrik. Aus Petersburg wird gemeldet: In der hiesigen Zündhütchenfabrik des Reichskammerministeriums explodierte gestern Nachmittags während der Entladung von Petards der Pulvervorrat. Hierbei wurden fünf Arbeiter tödlich und sieben Arbeiter leicht verletzt. Das Gebäude ist zum Teil zerstört.

Ein junger Brotkrume erstickt ist der ein Jahr alte Sohn Reinhold des Werkmeisters Müller zu Rydors. Frau Müller gab dem Kleinen ein Stück eines Butterbrotes. Beim Kauen geriet ihm etwas in die Luftröhre. Die Mutter brachte das Kind, das querkürrig und dann wöchelte, sofort zu einem Arzt. Dieser konnte aber nur noch den Tod feststellen.

Eine Krankenhaustragödie. Im Karola-Krankenhaus zu Dresden hat sich am letzten Sonntag ein schrecklicher Unglücksfall abgepielt. Eine Patientin im vorgeschrittenen Alter hatte unter Aufsicht der diensthabenden Schwester ein Bad genommen. Die Schwester wurde, während sich die Kranke noch im Bade befand, zu einem anderen Kranken gerufen. Sie verließ den Baderaum und als sie nach kaum zwei Minuten zurückkehrte, fand sie die Kranke als Tote vor. Die Patientin hatte sich anscheinend erheben wollen, war aber zurückgefallen und ertrunken. In ihrer Verwirrung begab sich die Schwester auf ihr Zimmer, nahm Gift und starb ebenfalls.

Bei einem entsetzlichen Unglücksfall hat der Arbeiter Reinhold Faube aus Sperenberg den Tod gefunden. Beim Ausheben eines schabhaften Dreibriemens der Transmissionsmaschine wurde er von der Welle ergriffen und mehrere Male herumgeschleudert. Der rechte Arm wurde dem Verunglückten buchstäblich ausgezerrt und der Schädel zerstückelt. Auch der Leib wurde ihm aufgespalten. Entsetzlich verstümmelt fiel er schließlich tot zu Boden.

Ein verhängnisvolles Spiel wurde auf den Rydors Wiesen getrieben. Nahe der roten Brücke spielten die jugendlichen Arbeitsschüler Georg Bernat, Walter Rudolf und Ernst Michaelis „Gendarm und Räuber“. Um im „Bilde“ zu bleiben, hatten sie sich

mit scharf geladenen Fesching-Pistolen bewaffnet und knallten aufeinander los. Als die auf der Flucht begriffenen „Räuber“ Rudolf und Michaelis hinter einem Busch hervorsprangen, gab der „Gendarm“ Bernat plötzlich vier Schüsse auf sie ab, von denen zwei ihr Ziel trafen. Rudolf wurde in den Unterleib getroffen und brach schwer verletzt zusammen. Michaelis erhielt eine Kugel in den rechten Oberarm. Bernat floh entsetzt, wurde aber eine Stunde später von der Rydors Kriminalpolizei ergriffen.

Vom Münchener Oktoberfest wird der „Tagl. Rundschau“ geschrieben: In einer Münchener Volksküche ließ vergangene Woche ein Lehrer von seinen Schülern eine Beschreibung des Oktoberfestes machen. Er erhielt u. a. folgenden Schulaussatz: „Am Sonntag ging ich mit meinem Vater auf die Wiese. Dort war es sehr schön. Am nächsten Tag war es bei Vater Schicht. Ein altbekanntes Varieté-Theater, dessen Inhaber durch seine unwürdige Grobheit sich hervor- (in die Schrift.) Der hielt große Reden und schrie immer: „Geh' rein a' scherzte Kameel, ihr Rindsviecher!“ worauf mein Vater und ich hineingingen.“

Das Rohr des Glockenturms von San Marco in Venedig, das 48,17 Meter mißt, ist jetzt fertiggestellt; der Wiederaufbau des Turmes ist damit zur Hälfte vollendet. Für das Turmrohr wurden eine Million Backsteine benutzt, von denen jeder sieben Kilogramm wiegt.

Das größte Problem. Der Direktor des St. James Theaters in London, Forbes Roberts, hat das Problem der Niesenbüte, die die Londonerinnen an den zweimal in der Woche stattfindenden Nachmittags-Vorstellungen zum großen Mißbehagen der Parkebesucher tragen, gelöst. Er ließ in seinem Theater große gelbe Plakate anbringen, die in schwarzem Druck die folgenden Sätze enthielten:

Aur Frage der Niesenbüte! „Das Problem der großen Hute ist endgültig gelöst. Jede seine und auf wahre Bildung Anspruch erhebende Dame nimmt ihren Hut gern ab. Nur einige ungebildete und rücksichtslose Personen lassen ihn dann und wann an Kopf.“ Das Resultat war überraschend. Obgleich an den Nachmittagsvorstellungen kein Zwang besteht, die Hute abzutragen, legten sämtliche Frauen ihre Hute in der Garderobe ab.

Rundgebung der Bevölkerung gegen Oesterreich-Ungarn. Fast überall man die Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn verlangte und die Vertreter der österreichischen Gesandtschaft eingekerkert wurden.

Sofia, 7. Oktober. Jetzt liegt hier die erste Note eines auswärtigen Staats auf die Unabhängigkeit der Balkanhalbinsel. Der serbische Minister des Aeußeren erklärte dem bulgarischen Vertreter in Belgrad, Serbien habe die Mitteilung darüber nicht ungenügend aufgenommen; in der Frage der Anerkennung werde sich die serbische Regierung an die Entscheidungen der Großmächte, vornehmlich Russland, halten.

Italiens Zurückhaltung.

Rom, 7. Oktober. Ein früherer Minister erklärte, dem „Giornale d'Italia“ zufolge, daß der Gedanke einer Kompensation Italiens in Albanien ausgeschlossen ist. Das Tripolis betreffend, so besitze Italien seit längerer Zeit die Zustimmung Oesterreichs, werde aber hiervon keinen Gebrauch machen. In italienischen politischen Kreisen, wo man einer Konvention gütlich gestimmt ist, drückt man die Ansicht aus, daß eventuell eine Grenzregulierung zwischen Oesterreich und Italien erfolgen dürfte.

Die Mächtekonferenz.

Nach Mitteilungen aus Rom wird Italien, im vollen Einverständnis mit Frankreich, Russland und England, der Türkei raten, Bulgarien wegen Verletzung der Verträge nicht den Krieg zu erklären.

Sur Frage eines neuen Kongresses zur Beratung der Orientangelegenheiten erklärt die „Tribune“, an zukünftiger Stelle erfahren zu haben, daß eine Großmacht die Initiative zur Revidierung des Berliner Vertrages durch Einberufung eines Kongresses ergreifen werde. Bis dahin werden die Großmächte in ihrer abwartenden Haltung einzuhalten verharren. Darüber, welche Großmacht den Kongress ansetzen wird, wird an amtlicher Stelle Stillschweigen bewahrt. Es dürfte vorwiegend England sein. Jedenfalls wird die Anregung zu diesem Kongresse nicht von der Türkei und auch nicht von Frankreich ausgehen.

Konstantinopel, 7. Oktober. Nach Versicherungen des Ministers des Aeußeren schlägt die Türkei herzu den Großmächten die Einberufung eines Kongresses vor. Man wird in der Annahme kaum sehlagen, daß die Türkei hierbei den Inspirationen Englands folgt.

Wien, 7. Oktober. In unterrichteter Weise wird bezüglich der projektirten Balkankonferenz folgendes mitgeteilt: Oesterreich-Ungarn wird seine Zustimmung zur Abhaltung einer solchen Konferenz nur dann geben, wenn es die Gewissheit hat, daß auf dieser Konferenz das Recht Oesterreich-Ungarns auf Bosnien und die Herzegowina sowie die jetzt vollgültige Anexion nicht in Diskussion gezogen werden wird. Das Recht Oesterreich-Ungarns auf Bosnien und die Herzegowina unterliegt nach dieser Auffassung in keiner Weise der Sanction der Mächte.

Protestierende Rußien.

Die Petersburger Presse gebärdet sich äußerst abfällig gegen Oesterreich und Deutschland.

Sirhenia Wjedomosti sagt: Wenn Oesterreich den Berliner Vertrag vernichtet, so braucht Rußland das Pariser Abkommen nicht zu revidieren und kann für die Schwarze Meer-Route freie Durchfahrt durch die Dardanellen verlangen.

„Towo“ erblickt in den Ereignissen ein riskantes Spiel Deutschlands im nahen Osten, wonach Bulgarien für die deutsche Orientpolitik die Kasanien aus dem Feuer holen muß.

Die „Rowoje Wremja“ schreibt: Dieser seinem Charakter nach einem Aristokratieverbrechenden gleichkommende Schritt (Oesterreichs) wurde äußerst unklug eingeleitet. Die österreichischen Staatsmänner beariffen die ganze Unanständigkeit der Selbstergreifung der türkischen Länder und haben deswegen den Fürsten Ferdinand von Bulgarien als Prügelnabe vorgeschoben, welcher Bulgarien zum unabhängigen Königtum proklamierte. Bulgarien, welches auch bisher vollständig unabhängig war, gewinnt nichts durch diesen Schritt, während Oesterreich in diesem Schritt die juristische und politische Entschädigung für die Verletzung des Berliner Vertrages findet, indem es die ihm von Europa zur Verwirklichung anvertrauten Länder okkupiert. Wie dem auch sei, die Türkei wird bei diesem Spiel die Statisten von den Unternehmern zu unterwürfigen wissen. Die bulgarische Proklamation kann der Türkei vollauf gleichgültig sein. Anders verhält es sich mit der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina. Die Türkei kann dieser Einverleibung nicht zustimmen. Es ist anzunehmen, daß sie in ihrem Protest, falls sie zu protestieren nötig findet, die allgemeine Teilnahme der europäischen Mächte finden wird.

Demnach steht es aus, als wolle sich der russische Bär wie selbst auf Franz Josef stützen. Nur haben ihm die Japaner die Klauen beschitten.

Die Stellung Deutschlands.

Berlin, 7. Oktober. Der bulgarische Vertreter in Berlin erklärte: Gemäß dem Auftrag meiner Regierung habe ich gestern Mittag dem deutschen Anwaltigen Amt die Unabhängigkeitserklärung zur Kenntnis gebracht. Sie wurde entgegengenommen, ohne daß eine Aeußerung gefallen wäre, aus welcher Schlüsse auf die künftige Haltung Deutschlands sich ziehen ließen.

Berlin, 7. Oktober. Der österreichisch-ungarische Volkshauptmann von Szegedy-Marich ist in Konstantin eingetroffen. Dem „Reichsanzeiger“ zufolge empfing der Kaiser den österreichisch-ungarischen Volkshauptmann und hatte mit ihm eine längere Besprechung.

Berlin, 7. Oktober. Während Deutschlands Stellungnahme zur bulgarischen Unabhängigkeitserklärung sich durch eine der allgemeinen Lage entsprechende Zurückhaltung kennzeichnet, wird seine Haltung an der Anexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, wie nicht anders zu erwarten, von den bundesfreundlichen Gefühlen, die es für die verbündete Donaumonarchie hegt, diktiert. In den leitenden deutschen Kreisen ist man entschlossen, sich zu Oesterreich-Ungarn in Sachen der Einverleibung dieser beiden Provinzen zu stehen und seine Bestrebungen mit allen Kräften zu stützen.

England als schlaues Fuchs.

Konstantinopel, 7. Oktober. Der Optimismus ist hier einer ruhigeren Auffassung gewichen. England hat der Türkei das Rückgrat gestützt und anerkannt, daß es in der Ausübung praktischer Politik allen Mächten überlegen ist. Der erstgenannte Entschluß des russischen Volkshauptmanns in London, Wien, mit Staatssekretär Grew und der langen Unterredung des Volkshauptmanns mit dem Großvezir Kiamil wird hier große Bedeutung beigemessen. Man nimmt als sicher an, daß England das Königreich Bulgarien nicht anerkennt und jeder Verletzung des Berliner Vertrages als Gegengewicht stehen bleibt, solange seitens der Signatarmächte und mit Zustimmung der Türkei keine Abänderung beschlossen ist. Frankreich und Russland werden sich jedenfalls England anschließen. Man glaubt, daß England auch darauf bestehen wird, daß die Frage des ostmittelbischen Tributs eine für die Türkei durchaus günstige Lösung finden muß.

Das bisherige Fortschreiten Bulgariens.

Bulgarien ist ein seit dem Berliner Vertrage 1878 fast selbständiges, aber rechtlich nicht selbständiges konstitutionelles Fürstentum in der europäischen Türkei, unter der Oberhoheit des Sultans, erblich im Hause des von der bulgarischen Nationalversammlung erwählten und von der Türkei mit Zustimmung der Vertragsmächte des Berliner Kongresses bestellten Fürsten. Seit 1885 ist mit Bulgarien faktisch, wenn auch nicht rechtlich, ein unabhängiges Fürstentum entstanden, das früherer Osmannien vereinigt,

sodas im allgemeinen dessen ostwärts dann über das Rhodope- und Rila-Gebirge nach Nordosten laufende Südgrenze auch diejenige von Bulgarien war, während die Nordgrenze durch die Donau, ausschließlich der Dobrudscha, die Südgrenze durch das Schwarz Meer, die Westgrenze durch Serbien gebildet wird. Bulgariens Grenzschranken sind im Süden die Türkei, im Westen Serbien, im Norden Rumänien.

Bulgarien umfaßt mit Rumelien 96,845 Quadratkilometer und hatte bei der Volkszählung 1900: 3,744,283 Einwohner. Die Bevölkerung hat seit 1893 auffallend stark, nämlich um 493,570 Seelen, (13,17 Prozent) zugenommen. Seit 1877 findet eine langsame, aber ununterbrochene Auswanderung der Türken nach dem türkischen Reich statt; dafür sind aus letzterem, aus dem Banat, Südrußland und Rumänien Bulgaren eingewandert, und die bulgarischen Gebirgsbewohner breiten sich in den schwach bewohnten Ebenen aus, sodaß die sehr wechselnde Bevölkerungsdichtigkeit sich allmählich ausgleicht und der Boden mehr und mehr urbar gemacht wird. Sechs Städte hatten 1900 25 bis 68,000 Einwohner (Schumla, Silivra, Ruschik, Warna, Philippopol, Sofia), 16 zwischen 10,000 und 20,000 Einwohnern. Der Nationalität nach wurden 1900 gezählt: 2,867,684 (1888: 2,326,350) Bulgaren, 530,275 (1888: 607,331) Türken, 72,704 Rumänen, 68,487 Griechen, 69,083 Jäger, 33,655 spanische Juden, 3491 Deutsche, 1020 Russen, 58,914 andere (Armenier, Tataren etc.). Die Bulgaren sind hauptsächlich im Innern und im Westen des Landes. Die meisten der von ihnen bewohnten Dörfer stehnen aus Anwesenheiten umherziehender Stürten, aus Hausgenossenschaften, Militär- und Bahndienstkolonien herorgegangen zu sein. Die Türken wohnen meistens überwiegend im Osten, im Westen sind sie auf die Städte beschränkt. Die Griechen leben an der Küste, im unteren Thracien und zerstreut in den Städten, die Jäger über das ganze Land verstreut. Die Rumänen an der Donau, die Tataren bei Warna und an der Donau. Der Rest nach wurden 1900 gezählt: 3,020,840 Orthodoxe (1888: 2,424,371), 27,004 Katholiken, 18,320 andere Christen (Armenier, Protestanten), 643,253 (1888: 676,215) Mohammedaner, 33,717 Juden, 1119 unbekannt. Die orthodoxe Kirche bildet unter dem bulgarischen Erzbischof eine selbständige Landeskirche. Ein katholischer Bistum besitzet in Philippopol. Die Oberhoheit des Sultans ist es, die durch die Proklamation Ferdinands abgeworfen wurde.

Wünschen werden die Stimmer von 8000 Dienstmädchen nur auf indirektem Wege beschickt und gelieft; in Königsberg ist der Schlafzimmer des Dienstmädchens vielfach das Durchgangszimmer der Herrschaft; in Breslau schlafen zahlreiche Dienstmädchen in der Küche. Vielfach wird die schmutzige Wäsche der ganzen Familie im Schlafzimmerschrank aufbewahrt. Die Herrschaften hätten kein Recht, dies damit zu entschuldigen, daß die Dienstmädchen von Kauf aus es auch nicht besser gewöhnt seien. Die Mädchen merken bei der Unterstiebung zwischen sich und der Herrschaft, und dadurch werde Vergernis und Unzufriedenheit erregt. Auch sei es nicht richtig, die Mädchen in der Mansarde schlafen zu lassen; die Herrschaften müßten ihnen Schlafräume anweisen, wo sie aufgehoben seien. Bedauerlich sei es auch, daß die sozialdemokratische Forderung nach von innen verführbaren Schlafräumen für Dienstmädchen immer noch gestellt werden müsse, so selbstverständlich sie sei. Nicht einverstanden sind die Bednerin mit dem Vorschlag unserer Gewerkschaften, die Dienstmädchen außer dem Hause wohnen zu lassen, denn dann würden diese der Herrschaft gerade bei all den kleinen Hilfsleistungen fehlen, die das Leben angenehm machen. Insbesondere aber behrte man der ständigen Anwesenheit der Dienstmädchen in Krankheitsfällen. Das Dienstverhältnis sei eben ein Vertrauensverhältnis und da lasse sich nicht alles so gleichmäßig regeln als in der Fabrik.

Die Frage, ob die Dienstmädchen um 9 Uhr Abends frei hätten, wurde von den Herrschaften so aufgefaßt, als wolle man, daß die Mädchen sich nun ihren Gut aufsetzen und fortgehen dürften. Das verlange die Kommission nicht, sie wolle nur, daß das Dienstmädchen sich nach 9 Uhr Abends frei und ungehindert von aller Tagesarbeit. Man fordert eine entsprechende Ruhepause und zwei Stunden Pause am Tage und (auch das noch!) wo die Mädchen in der Nacht nicht acht Stunden Ruhe finden, dann Ruhepause dieser Zeit am Tage. Im Kampfe um ihre Ruhepausen würden die Dienstmädchen stehen; man müßte ihnen alle vierzehn Tage einen freien Sonntag und in der Woche davor einen freien freitags-Abend einräumen. Und: Haben denn die Herrschaften schon nachgedacht über das Baden der Dienstmädchen, wenn sie in der Woche nicht weggehen lassen und sie doch natürlich ihre Badegewohnheiten nicht aufgeben lassen? Wenn aber dann noch mehr freie Zeit gefordert werde, dann müsse gesagt werden, daß Dienstmädchen habe sich sein Leben gewöhnt, und nun müsse es auch die Konsequenzen tragen.

Von den Herrschaften sind bürgerliche und konfessionelle Dienstmädchenvereine gegründet worden, um — die Dienstmädchen in die Hände der Sozialdemokratie fallen zu lassen, die bereits an 15 bis 20 Orten, darunter auch in Breslau, Dienstmädchenvereine ins Leben gerufen hat und in Gemeinschaft mit diesen Vereinen gette es nun, die Stellenvermittlung selbst in die Hand zu nehmen und gemeinsame Kontrakte zu vereinbaren.

Die Diskussion hielt sich in dem gleichen dürftigen Rahmen. Unter der Maske der Dienstmädchenfreundschaft suchten die Damen ihr eigenes Wohl zu fördern. Aus diesem Rahmen ganz heraus fiel der Kränlein Elise Wöber - Berlin.

Trinkgelber könne man doch nicht als Werkbundbezahlung ansehen. Mit Recht wendeten sich die freien Gewerkschaften gegen das entwirkliche Trinkgelberverhältnis. Man habe alle Ursache, die freien Gewerkschaften zu fördern, wenn man den Dienstmädchen helfen wolle, anstatt die Arbeiterbewegung zu zerstückeln. Konfessionelle Vereine seien ja ganz gut für diejenigen, die ein Bedürfnis dafür haben, aber man dürfe ihnen nicht ein gewerkschaftliches Mäntelchen umhängen, vielmehr gehörten die Mitglieder konfessioneller Vereine außerdem auch in die Gewerkschaften. (Wöber, merkt: Ich bitte, doch zum Schluss zu kommen.) Kränlein Wöber fortfahrend: Ich weiß ja, daß ich hier in der Minderheit stehe, aber es muß auch gesagt werden, daß schon eine ungenügende Arbeit und daß es unsere Pflicht ist, die Arbeiterbewegung einheitlich zu gestalten.

Es kennzeichnet die Selbstheit und Unfähigkeit dieser selbstzufriedenen Damen, daß ihnen die Rede von Kränlein Wöber mit ihren nur von der reinen Menschlichkeit diktierten Forderungen wie die Brandrede eines Anarchisten anmutete!

Wir bitten unsere Leser, diesen Artikel ihren bekannnten Dienstmädchen zu lesen zu geben.

Damen und Dienstmädchen.

Der Bund deutscher Frauenvereine der gegenwärtig in Breslau seine Generalversammlung abhält, unterhält auch eine Kommission für Arbeiterinnenfragen. In dieser Kommission gelangte am Dienstag die Dienstmädchenfrage zur Erörterung und diese Frage wurde als eine so wichtige angesehen, daß eine weitere Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus ihre Sitzung, die gleichzeitig stattfinden sollte, nicht abhielt, da alle Delegierten, an der Verhandlung über die sehr wichtige Dienstmädchenfrage teilnehmen wollten.

Demnach hätte man in der Kommission ein eingehendes Referat über die Not der Dienstmädchen und die Wege zu ihrer Abhilfe erwarten können und die Erwartungen dieser Delegierten gingen auch nach dieser Richtung. Um so größer war dann die Enttäuschung über dieses Referat, das von Kränlein Dr. Elise Wöber gehalten wurde. Die Rednerin vertrat die Auffassung, wonach die Dienstmädchenfrage die gleichen Ursachen habe, als die gewerbliche Arbeiterfrage. Diese Ursachen seien das Verlangen nach mehr Lohn, mehr Freiheit, die Abnahme der Respektlosigkeit usw. Während es sich im gewerblichen Arbeiterverhältnis um rein geschäftliche Beziehungen handle, bestehe doch aber beim Dienstmädchen eine Lebensgemeinschaft. Dieses Verhältnis werde deshalb naturgemäß in jedem Landestheil verschieden sein, insbesondere aber auch verschieden nach den sekundären Verhältnissen der Herrschaften und deren Charaktereigenarten. Um nur einen Überblick über die Lage der Dienstmädchen zu erhalten, hat die Arbeiterinnen-Schutzkommission eine Umfrage veranstaltet und zu diesem Zweck in zwanzig Städten Fragebogen „an Dienstmädchen und Dienstmädchen“ ausgegeben. Die Kommission ist dabei auf harte Widerstände gestoßen. Die Herrschaften lebten die Ausfüllung der Fragebogen vielfach ab, um sich in ihrer Stadt nicht mißliebig zu machen; andere wiederum unter der Begründung, es käme dabei „doch nichts heraus“. Wieder andere witterten unbekante Neuerungen und eine Aufreizung der Dienstmädchen, während die letzteren vielfach die Ausfüllung der Fragebogen deshalb ablehnten, weil sie glaubten, es handle sich um eine Verleumdung ihrer Lage. Soweit aber Bemerkungen erfolgt seien, lasse sich sagen, daß eine Dienstmädchenfrage behauptet wird, nicht besteht. Nur bei Wöber, besonders ungünstiger Umstände falle es einer Herrschaft schwer, Dienstmädchen zu erhalten. Andererseits bekämen Mädchen mit 10 Jahren, Stubenmädchen von 25 Jahren, oder Dienstmädchen die in einem Hotel gedient haben sehr schwer eine andere Stellung.

Nach dem Bericht der Referentin will die Kommission weiter festgestellt haben, daß die Dienstmädchen nicht aus den niedrigen Schichten der Bevölkerung stammten, es würden auch viel zu hohe Anforderungen an sie gestellt, als daß Arbeiterkinder sie erfüllen könnten. Die meisten Dienstmädchen würden sich beklagt fühlen, wenn man sie als „Arbeiterkinder“ bezeichnete. (1) Jumeit seien die Väter keine Handwerker auf dem Lande, Bau- und Hofbeamte keine Landwirte, aber keine eigentlichen Arbeiter. Ihre Schwestern (auch das wurde durch die Enquete als feststellungswert erachtet) seien jumeit „Näherinnen“ oder sie gingen irgend einem anderen Beruf nach, doch seien auch sie keine Arbeiterinnen.

Bisher war über die Lage der Dienstmädchen noch nichts gesagt worden und es wurde auch in dem ganzen Referat nichts gesagt, denn nun ging es bald ans Referieren“. Die Herrschaften sollen in Gemeinschaft mit den Dienstmädchen eine bessere Stellenvermittlung organisieren, worauf dann die verheißene „Dienstmädchennot“ ihr Ende erreicht hat. Ein besonderer Krebsgeschaden existiere aber noch und das ist der Mangel an Berufsausbildung der Situation in Dienst, ohne vorher etwas gelernt zu haben. Die Frage: „Haben Sie eine Lehrzeit durchgemacht?“ wurde fast immer mit „Nein“ beantwortet. Die Rednerin empfiehlt deshalb, Lehrjahre einzurichten; aber nicht schon mit vierzehn Jahren sollten die angehenden Dienstmädchen an solchen Kurien teilnehmen, denn dann würden sie mit sechzehn Jahren voll Ehegüter schon nach vornehmen Schwestern verlangen, und doch wären sie noch halbe Kinder. Besser sei es, wenn sie erst zwei oder drei Jahre als billige Hilfskräftigen, um dann erst einen Antritt durchzumachen. Solchen Dienstmädchen müsse die Hausfrau dann auch „mehr Freiheit und Verantwortung im Beruf“ geben.

Die Lohnfrage der Dienstmädchen ist nicht niedrig im Vergleich zu den sonstigen Löhnen dieser Klassen. Die Rednerin glaube vielmehr die Dienstmädchen noch ganz besonders warnen zu müssen, ihre Forderungen zu überspannen, denn sonst würden alle Vorräte verloren gehen, die diesen Beruf auszeichnen; sie würden von den Herrschaften weiter Brot und Lohn gewährt, anstatt daß man ihnen das Unrecht, die Dienstmädchen zu höheren Lohnforderungen aufzureizen. Vielfach werde sogar eine besondere Bezahlung der Ueberstunden gefordert. Die Dienstmädchen würden aber für ihre Ueberstunden in Form von Trinkgeldern entschädigt. (1) Die sehr erheblichen (2) sind und oft (3) mehr als hundert Mark im Jahre annehmen.

Somit hat die Umfrage ergeben (was man allerdings anderwärts längst wusste), daß die Schlafzimmer der Dienstmädchen vielfach nicht heizbar und nicht mit Fenstern versehen sind, die ins Freie führen. In

Arbeiterbewegung.

Eine deutschnationale Handlungsgeliffenlotterie. Ein vertrauliches Zirkular, das der „Frankfurter Volksstimme“ auf den Tisch gefallen ist, gesteht zu, daß die Deutschnationalen mit einer Aktion-Unterbilanz zu rechnen hätten, wenn nicht außerordentliche Einnahmen die Kasse stärkten. Deshalb wurde die Veranlassung einer Lotterie beschlossen, jeder Kollege solle zwei Lose à 1 Mk. kaufen, wenn es ihm darum zu tun sei, daß der Verband „auch fernerhin erfolgreich arbeiten“ könne.

Es ist überaus bezeichnend für den Geist, der in dem antisemitischen Handlungsgeliffenverband vorherrschen muß, wenn an den Spielstempel appelliert werden muß, um die Kosten für die Organisation herauszuschlagen.

Gewalttätige Streikbrecher unter dem Schutze des Staatsanwalts. In Düsseldorf mißhandelten Ende Juli drei „arbeitswillige“ Hafenarbeiter einen Friseur, der nach dazu Krüppel ist. Er muß sich mit einem künstlichen Bein behelfen und ist daher ganz wehrlos gegen kräftige gesunde Menschen. Diesem Menschen wurden von einem der Selben Verletzungen mit einem scharfen Gegenstand am Kopfe beigebracht. Auf die erstattete Anzeige ging die folgende Antwort von der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft ein:

„Auf Ihre Anzeige vom 23. Juli d. J. gegen Peter Ahrweiler wegen Mißhandlung.“

Ich habe das Verfahren eingestellt. Die Behauptung des Beschuldigten, er habe sich lediglich gegen Ihren Anreiz durch Schläge mit einem Stück Eisen gewehrt, ist nicht zu widerlegen. Die Feigen Kaffel und Franzen heftigsten, daß Sie dem Beschuldigten zuerst einen Stoß gegen die Brust gegeben hätten, worauf der Letztere sich mit einem Stück Eisen oder einem Schlüssel verteidigt habe. Hiernach, und da auch nach der Bezeichnung des Arztes nicht festzustellen ist, daß sich der Beschuldigte eines Verfalls bedient hat, kann auch keine strafbare Ueberschreitung der Nothwehr angenommen werden.“ (Unterschrift unleserlich.)

Die beiden angeführten Fingen sind dieselben, die bei der Mißhandlung dabei waren und auch selbst mit auf den Krüppel losgeschlagen.

Die Krise. Die Krise in der Textilindustrie nimmt an Umfang immer mehr zu und greift auch auf Fabriken über, die bisher auf beschäftigt waren. So wurde den Arbeitern der Sunitweberei von E. A. Niedinger in Augsburg, die als eine der wenigen Fabriken täglich 9 Stunden herabgesetzt, daß die Arbeitszeit auf nicht gearbeitet wird. Dabei stehen jetzt schon eine große Anzahl Stühle leer, abgehende Arbeiter werden nicht mehr ersetzt. Der Lohnausfall für die in Verdracht kommenden 400 Arbeiter ist ein sehr erheblicher.

Aber auch in der Maschinen-Industrie macht sich die Krisen immer mehr fühlbar. So ist die Maschinenfabrik Augsburg in der Abteilung Schnellpressenbau und Dieselmotoren ohne Aufträge, alle Sonnabende werden Arbeiter trüppweise entlassen. Seitens der Betriebsleitung wird bereits die Verknüpfung der Arbeitszeit in Erwägung gezogen. In der Maschinen- und Bronzewarenfabrik J. A. Niedinger, A.-G. ist den Arbeitern infolge Arbeitsmangels die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden angedroht worden.

Die beiden angeführten Fingen sind dieselben, die bei der Mißhandlung dabei waren und auch selbst mit auf den Krüppel losgeschlagen.

Die Krise. Die Krise in der Textilindustrie nimmt an Umfang immer mehr zu und greift auch auf Fabriken über, die bisher auf beschäftigt waren. So wurde den Arbeitern der Sunitweberei von E. A. Niedinger in Augsburg, die als eine der wenigen Fabriken täglich 9 Stunden herabgesetzt, daß die Arbeitszeit auf nicht gearbeitet wird. Dabei stehen jetzt schon eine große Anzahl Stühle leer, abgehende Arbeiter werden nicht mehr ersetzt. Der Lohnausfall für die in Verdracht kommenden 400 Arbeiter ist ein sehr erheblicher.

Aber auch in der Maschinen-Industrie macht sich die Krisen immer mehr fühlbar. So ist die Maschinenfabrik Augsburg in der Abteilung Schnellpressenbau und Dieselmotoren ohne Aufträge, alle Sonnabende werden Arbeiter trüppweise entlassen. Seitens der Betriebsleitung wird bereits die Verknüpfung der Arbeitszeit in Erwägung gezogen. In der Maschinen- und Bronzewarenfabrik J. A. Niedinger, A.-G. ist den Arbeitern infolge Arbeitsmangels die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden angedroht worden.